

politicus

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 2/2024

 Hanns
Seidel
Stiftung



FRIEDEN AM ENDE.

FOKUS

Die Welt in Aufruhr

DENKANSTOSS

Reform von ARD und ZDF

«Es reicht nicht aus, den Krieg zu gewinnen. Es ist wichtiger, den Frieden zu organisieren.»»

Quelle: www.careelite.de/krieg-zitate-waffen-sprueche/?utm_content=cmp-true

Aristoteles (384-322 v. Chr.), griechischer Philosoph

S

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

viele Jahre hat die Außen- und Sicherheitspolitik in der Wahrnehmung der Menschen eine nachrangige Rolle gespielt. Nach dem Ende des Kalten Krieges schien sich die Welt auf eine Ära des Friedens zuzubewegen. Diese Vorstellung hat sich aber nach den Al-Qaida-Attacken vom 11. September 2001 und den weltweiten islamistischen Terroranschlägen danach dramatisch geändert. Die Kriege in Afghanistan und im Irak mit all ihren Folgen haben diese Unsicherheit verstärkt. In Fernost wurde zugleich das immer expansiver auftretende China zur neuen Supermacht.

Spätestens 2007 deutete sich mit der Münchner Brandrede des russischen Präsidenten Wladimir Putin eine neue Ost-West-Konfrontation an. Der CSU-Europapolitiker Otto von Habsburg hatte bereits 2003 vor dem ehemaligen KGB-Agenten mit der Sowjet-Nostalgie gewarnt. Der Frieden sei noch durch rechtzeitiges Eingreifen zu retten, „aber wenn man träumend hineingeht, wird man das Gleiche wieder erleben, was man in meiner Zeit erlebt hat“. Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 legte dann diese Träumereien in der Sicherheits-, Rüstungs- und Verteidigungspolitik offen.

Es erwies sich als schwerwiegender Fehler, auf die russische Besetzung von Krim und Ostukraine 2014 halbherzig reagiert und sich auf Lieferungen wichtiger Rohstoffe und Technik aus Diktaturen verlassen zu haben. Der Hamas-Angriff auf Israel 2023 und die Huthi-Attacken auf wichtige Schiffrouten zeigten zudem den wachsenden Einfluss Irans in Nahost. Die Sicherheit wird auch durch die enorme Migration nach Europa, eine gesplante USA und die Ablehnung des Westens im globalen Süden beeinträchtigt.

Umfragen zeigen, dass sich dies alles auch in den Sorgen der Deutschen abbildet. Wir haben es aber in der Hand, dem entgegenzuwirken. Wenn wir uns wieder mehr um unsere Sicherheit kümmern.

Ihr Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung



Markus Ferber, MdEP

HSS SCHWERPUNKT

SICHERHEIT NEU DENKEN

WEITERES

6 **Einführender Beitrag**
Sicherheit umfassend denken



22 **Interview**
Florian Hahn, MdB, und Prof. Dr. Carlo Masala über die Welt im Umbruch



36 **Reportage**
Be smart, before you kill



48 **Denkanstoß**
Anpacken statt ankleben – Perspektiven der jungen Generation

50 **Politik von außen betrachtet**
Neues Denken – Die Notwendigkeit der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

54 **Pro & Contra**
Verpflichtendes Dienstjahr – Brauchen wir das oder nicht?

56 **Was macht eigentlich ...**
Maria Eichhorn

58 **Parlamentarier online**

60 **Rezensionen**

62 **Damals**
75 Jahre Staatsgründung und Grundgesetz

64 **Zu guter Letzt**
Die Zukunft Europas im Blick

66 **Impressum**

10 **Perspektive 1**
Im Fadenkreuz der USA: Chinas Rolle im Indo-Pazifik

30 **Blick in die Welt**
Der nächste Krieg im Nahen Osten

14 **Perspektive 2**
Ukraine, Russland und Europas Zukunft



18 **Perspektive 3**
Wird der Sahel russisch?

34 **Kommentar**
Europa muss europäischer denken



Maria Geyer ist seit August 2022 Mitarbeiterin im Referat Außen- und Sicherheitspolitik. Sie unterstützt zudem das Referat Neue Technologien und gesellschaftliche Transformation (zuvor Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Gesundheitswesen).

Andrea Rotter ist Leiterin des Referats Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die transatlantische Sicherheitskooperation sowie die deutsche und europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Aktuelle Referatsprojekte befassen sich unter anderem mit der Transformation der NATO und den Möglichkeiten zur Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des Bündnisses, der Umsetzung der deutschen „Zeitenwende“, regionalen Allianzverhalten in Zeiten zunehmender geopolitischer Rivalität sowie den Auswirkungen neuer disruptiver Technologien auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

SICHERHEIT UMFASSEND DENKEN

#WeltimUmbruch

D

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Sicherheit muss umfassend und ganzheitlich gedacht werden. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstreicht nicht nur die Notwendigkeit einer Refokussierung auf Abschreckung und Bündnisverteidigung, sondern verdeutlicht auch die Komplexität von Sicherheitsbedrohungen, die heute weit über das Militärische hinausgehen.

Die Weltordnung ist im Wandel – mit deutlichen Folgen für unsere Sicherheit. Die völkerrechtswidrige Invasion Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022 hat die für uns bis dahin

kaum mehr vorstellbare Realität des Krieges nach Europa und an die Grenzen der NATO gebracht, während der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der folgende Krieg in Gaza und der bereits mit Raketen ausgetragene Konflikt zwischen Israel und dem Iran die Region in einen Flächenbrand verwandeln könnten. Weltweit steigen die Militärausgaben laut dem Forschungsinstitut SIPRI auf immer neue Rekordhöhen, während multilaterale Foren zur Konfliktlösung und Mechanismen zur Rüstungskontrolle zunehmend handlungsunfähig werden. Seit Längerem ist zu beobachten, dass die geopolitischen

Rivalitäten, vor allem zwischen den USA und China, in nahezu allen Politikbereichen an Intensität gewinnen und die regelbasierte internationale Ordnung immer mehr in Frage gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und des sich verschärfenden Wettbewerbs um Rohstoffe, Energiequellen und Schlüsseltechnologien werden Abhängigkeiten zu potenziellen Druckmitteln und somit auch zum sicherheitspolitischen Faktor. Eingebettet sind all diese Entwicklungen in den übergeordneten Systemkonflikt zwischen Demokratien und autoritären Regimen – die vielleicht größte Herausforderung unserer Zeit.

«Im Kontext der multiplen Krisen schwindet das Vertrauen in staatliche Institutionen zugunsten von Nationalisten und Populisten.»

8

Bedrohte Demokratie

2024 ist ein globales „Superwahljahr“: Während Europa und die USA auf die EU-Parlamentswahlen im Juni und die US-Präsidentenwahlen am 5. November blicken, wird mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung zu den Urnen gerufen – und das in einer Zeit, in der sich der Zustand der Demokratie weltweit seit Jahren verschlechtert, wie der jährliche Bericht von Freedom House belegt. Über soziale Medien und neue Technologien werden gezielt Desinformationen im Cyber- und Informationsraum verbreitet, die zu alternativen Fakten und letztlich zu unterschiedlichen Realitäten führen. Die sozioökonomischen Ungleichheiten, die sich weiter zuspitzen, bieten einen fruchtbaren Boden für Verschwörungstheorien, die radikale und extremistische Tendenzen schüren. Im Kontext der multiplen Krisen schwindet das Vertrauen in staatliche Institutionen zugunsten

von Nationalisten und Populisten, die die Gesellschaft durch Ausgrenzung von Minderheiten spalten und mit einfachen Lösungen für komplexe Probleme locken. Autoritäre Regime nutzen diese Schwachstellen, um ihre Interessen in und gegen Demokratien durchzusetzen.

«Es muss langfristig wieder mehr in Sicherheit und Verteidigung investiert werden.»

Kritische Auseinandersetzung mit Sicherheitsfragen

Die Konsequenzen für Deutschland und Europa? Eine Anpassung ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auf einer realistischen Analyse der Risiken basiert, komplexe Zusammenhänge erfasst und in der Lage ist, umsetzbare Lösungsansätze unter Einbeziehung aller relevanten Bereiche und Akteure aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen.

Ebenso wichtig wie ein effektiver gesamtstaatlicher Ansatz, der Sicherheit in all seinen Facetten behandelt, ist die Kommunikation und Vermittlung von Risiken und Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung – nicht nur zur Akzeptanz politischer Entscheidungen in demokratisch verfassten Systemen, sondern auch zur Steigerung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber dem hybriden Bedrohungsspektrum.



Die NATO gewinnt gerade in kriegerischen Zeiten an Bedeutung.

9

Sicherheit als langfristige Investition

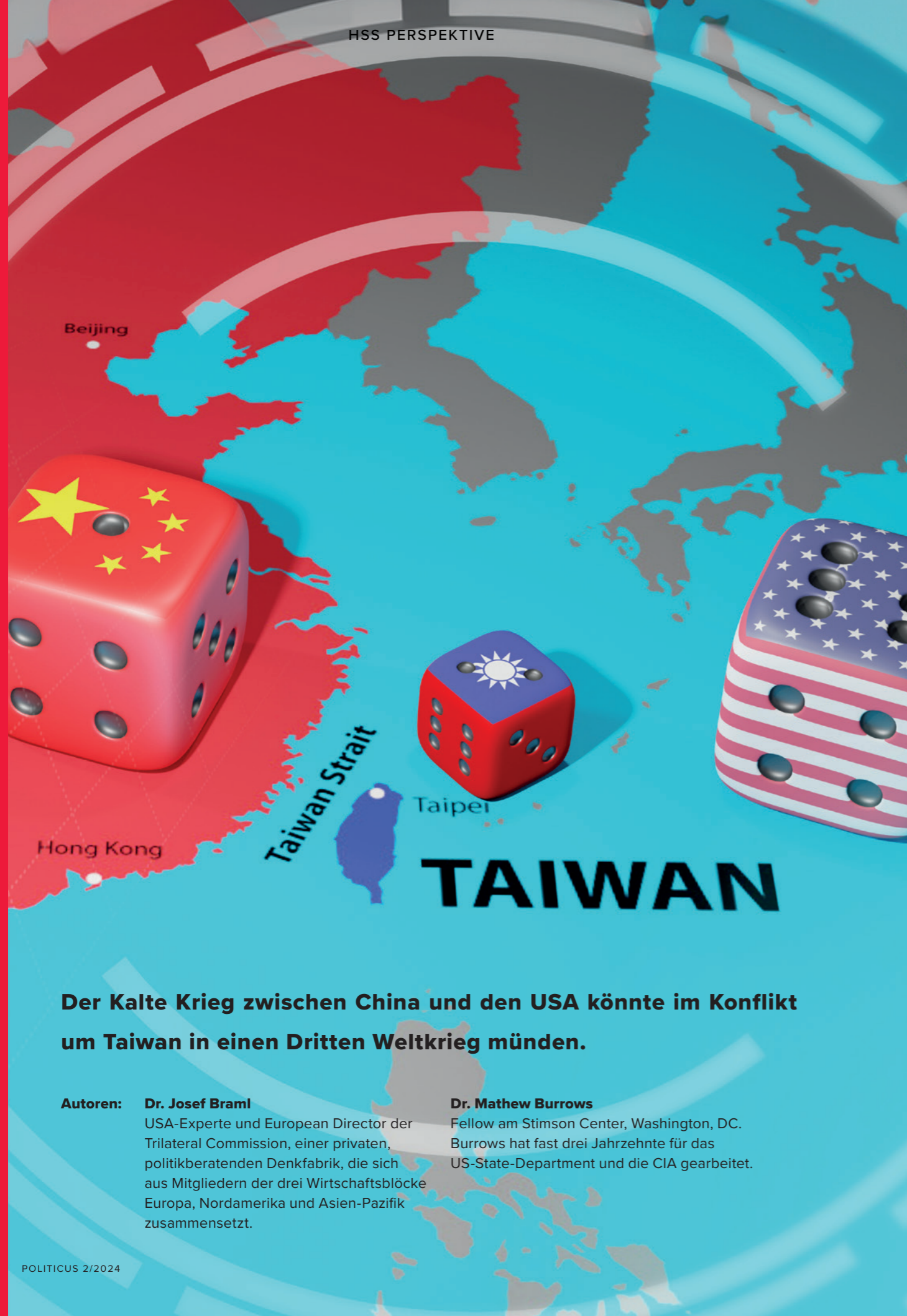
Die Tatsache, dass in Europa erneut Krieg herrscht, macht deutlich, weshalb langfristig wieder mehr in Sicherheit und Verteidigung investiert werden muss. Eine starke Verteidigung ist nicht nur die Grundlage für unsere Sicherheit, sondern auch für unseren Wohlstand. Die von Olaf Scholz eingeleitete Zeitenwende, die unter anderem ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr vorsieht und mit mehr Engagement zur Sicherung der NATO-Ostflanke einhergeht, zeigt, dass ein sicherheitspolitischer Ruck durch Deutschland geht. Dieser muss jedoch finanziell, materiell und strukturell nachhaltig sein und in den Köpfen der Menschen verankert werden. Es bedarf eines Wandels unserer strategischen Kultur. Denn die Herausforderungen, allen voran die Bedrohung durch Russland, werden auf absehbare Zeit bleiben.

Mehr europäische Handlungsfähigkeit

Darüber hinaus hat der Ukraine-Krieg die Bedeutung der NATO, die in diesem Jahr ihr 75-jähriges Bestehen feiert, als zentraler Pfeiler der europäischen Sicherheit unterstrichen. Als Reaktion auf die russische Invasion hat die Allianz bislang Geschlossenheit demonstriert und eine neue Ära der kollektiven Verteidigung eingeleitet, um ihre Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie an die drastisch veränderte Sicherheitslage anzupassen. Diese Zäsur hat auch in den europäischen Mitgliedstaaten zu einem strategischen Umdenken und zu steigenden Verteidigungsbudgets geführt. Dennoch bleiben die USA auf absehbare Zeit der unverzichtbare Garant europäischer Sicherheit und tragen mit rund 70 Prozent der aggregierten Militärausgaben nach wie vor die Hauptlast im Bündnis. Zu Recht blickt Europa daher mit Sorge

auf die US-Präsidentenwahlen, die zu einer zweiten Amtszeit des NATO-skeptischen Präsidenten Donald Trump führen könnten.

Längst ist absehbar, dass Europa mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen muss – unabhängig vom Wahlausgang in den USA. Fortbestehende militärische Fähigkeitenlücken, zu geringe Produktionskapazitäten in der Rüstungsindustrie, fehlender Konsens und mangelnder politischer Wille erwecken stellenweise den Eindruck, dass die Dringlichkeit der Lage noch nicht voll erkannt wurde. Hier ist gerade Deutschland in der Pflicht, auf eine Stärkung der europäischen Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit hinzuwirken. Das ist die Erwartung unserer Partner und liegt in unserem eigenen sicherheitspolitischen Interesse. ■



Der Kalte Krieg zwischen China und den USA könnte im Konflikt um Taiwan in einen Dritten Weltkrieg münden.

Autoren: **Dr. Josef Braml**
USA-Experte und European Director der Trilateral Commission, einer privaten, politikberatenden Denkfabrik, die sich aus Mitgliedern der drei Wirtschaftsblöcke Europa, Nordamerika und Asien-Pazifik zusammensetzt.

Dr. Mathew Burrows
Fellow am Stimson Center, Washington, DC. Burrows hat fast drei Jahrzehnte für das US-State-Department und die CIA gearbeitet.

IM FADENKREUZ DER USA: CHINAS ROLLE IM INDO-PAZIFIK

E

Es herrscht eine fatalistische Stimmung in Washington, die Angst vor einem bevorstehenden Krieg mit China und vor einem Weltkrieg, der sich an Taiwan entzünden könnte.

Bereits Ende 2022 stimmte in einer Think-Tank-Umfrage unter überwiegend in den USA ansässigen Experten eine überwältigende Mehrheit von über 70 Prozent folgender Aussage zu: „Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird China versuchen, Taiwan mit Gewalt zurückzuerobern.“

Konfliktszenario: China wird Taiwan mit Gewalt zurückerobern

Kurze Zeit später, am 1. Februar 2023, schrieb der neue Kommandeur des US-Air Mobility, General Mike Minihan, in einem an die Medien durchgestochenen Memo: „Ich hoffe, ich liege falsch. Mein Bauchgefühl sagt mir, dass wir 2025 kämpfen werden.“ General Minihan erklärte seine Einschätzung wie folgt: „Xi hat sich seine dritte Amtszeit

gesichert und seinen Kriegsrat im Oktober 2022 eingesetzt. Die Präsidentschaftswahlen in Taiwan finden 2024 statt und werden Xi einen Grund bieten. Die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten finden im Jahr 2024 statt und werden Xi ein abgelenktes Amerika bieten. Xis Team, die Begründung und die Möglichkeit sind im Jahr 2025 alle gleichzeitig vorhanden.“ Sollte es zu einem Gegenangriff der USA kommen, würde das Air Mobility Command eine entscheidende Rolle spielen.

Elbridge (Bridge) Colby ist einer der freimütigsten Vertreter der Ansicht, dass die Vereinigten Staaten China bekämpfen und besiegen müssen, wenn sie die Nummer eins bleiben wollen. Colby war von 2017 bis 2018 Stellvertretender Verteidigungsminister für Strategie und Streitkräfteent-

wicklung und laut seiner Biografie der leitende Beamte bei der Entwicklung und Einführung der strategischen Planungsleitlinien des Ministeriums, der Nationalen Verteidigungsstrategie (NDS) 2018. Die NDS verlagerte den Fokus des Verteidigungsministeriums auf die Herausforderungen für die militärische Überlegenheit der USA und die Interessen Chinas.

Die Robustheit, mit der Colby sich für die Notwendigkeit eines Krieges mit China einsetzt, rückt ihn in eine besondere Kategorie, aber es gibt andere, die ihn einzuholen scheinen. In Bezug auf China hat US-Präsident Joe Biden mehrfach Alarm geschlagen und behauptet, die Vereinigten Staaten hätten die Pflicht, Taiwan zu verteidigen, und gelobt, im Falle einer chinesischen Invasion Truppen zu entsenden.

«Laut Joe Biden hätten die Vereinigten Staaten die Pflicht, Taiwan zu verteidigen.»

Ein amtierender US-Präsident hat also offen einen Krieg mit einem nuklearen China ins Auge gefasst. Die erstaunliche Tatsache ist, dass die Reaktion darauf in Washingtons außenpolitischen Kreisen so wohlwollend ist. Statt sich darüber zu empören, scheint jeder Think Tank ein Kriegsspiel zu veranstalten, das diese Möglichkeiten durchgeht.

Ausdehnung des Konflikts auf andere Länder und Regionen

Es ist jedoch wichtig, nicht davon auszugehen, dass ein Konflikt um Taiwan dort enden wird. Michael O’Hanlon von der Brookings Institution, ein hoch angesehenener, überparteilicher Militärexperte, warnt, dass weder Peking noch Washington eine Niederlage in einem begrenzten Engagement akzeptieren würden. Stattdessen würde sich der Konflikt wahrscheinlich horizontal auf andere Regionen und vertikal ausdehnen, vielleicht sogar bis hin zur Androhung von Atomwaffen – oder deren tatsächlichem Einsatz.

Ein Konflikt um Taiwan kann zwar als konventioneller Krieg beginnen, wird aber wahrscheinlich kein solcher

«Ein Konflikt um Taiwan kann zwar als konventioneller Krieg beginnen, wird aber wahrscheinlich kein solcher bleiben.»

Vergleich der Militärstärke von den USA und China, 2024

Merkmal	China	USA
Aktive Soldaten	2.035.000	1.328.000
Paramilitärische Einheiten	625.000	0
Nukleare Sprengköpfe (Stand: Juni 2023)	410	5.244
Jagdflugzeuge / Abfangjäger	1.207	1.854
Flugzeugträger	2	11
Kampfpanzer	5.000	4.657
Kampfhubschrauber	281	1.000
U-Boote	61	64

Quelle: Global Firepower / SIPRI, Februar 2024

bleiben. Das Terrain selbst würde eine Eskalation begünstigen. Chinas Nutzung von Stützpunkten auf dem Festland würde sie zu Zielen für US-Angriffe machen. Im Gegenzug könnte China US-Inseln und Stützpunkte im asiatisch-pazifischen Raum angreifen. In einem lang geführten Krieg könnte Japan zum Ziel chinesischer Raketen- und Bombenangriffe werden. Der Druck auf beide, die Situation zu eskalieren und Atomwaffen einzusetzen, wäre groß.

Eine Eskalation hin zum Dritten Weltkrieg wäre nicht auszuschließen

Weder Washington noch Peking könnten verlieren, ohne einen schweren Schlag zu erleiden. Es gäbe kaum einen gesichtswahrenden Ausweg aus dem Konflikt. Für jedes chinesische Staatsoberhaupt würde eine Niederlage seinen Sturz bedeuten und die gesamte Kommunistische Partei in Frage stellen. Ein Nachfolger würde den Kampf wahrscheinlich fortsetzen, wenn er mit einem nationalistischen öffentlichen Aufschrei nach Vergeltung konfrontiert wäre. Kein chinesisches Oberhaupt könnte es ertragen, dass die Vereinigten Staaten auf dem pazifischen Kriegsschauplatz wieder völlig dominant wären.

Für die Vereinigten Staaten würde eine Niederlage ihren Niedergang als Weltmacht bedeuten und ihre Glaubwür-

digkeit als Beschützer ihrer Verbündeten in Asien oder anderswo zerstören. Ein chinesisch-amerikanischer Krieg wäre im wahrsten Sinne des Wortes der Beginn des Dritten Weltkriegs.

Niemand sollte Militäraktionen als unvermeidlich ansehen. Keine Entwicklung ist vorherbestimmt. Die Politik gibt den Ausschlag. Auch liberale westliche Nationen sollten einen Krieg mit China nicht als Lösung sehen. Vielmehr würde der Krieg ein Scheitern widerspiegeln, ein katastrophales und tragisches Versagen. —

Lesen Sie hierzu auch unsere Besprechung des von beiden Autoren verfassten Buches „Die Traumwandler. Wie China und die USA in einen neuen Weltkrieg schlittern“, das 2023 im C.H. Beck Verlag erschienen ist. Die Rezension ist in der Ausgabe 4/2023 des *politicus* (S. 59) abgedruckt.



UKRAINE, RUSSLAND UND EUROPAS

ZUKUNFT

Autor:

Dr. Stefan Meister

Leiter des Zentrums für Ordnung
und Governance in Osteuropa,
Russland und Zentralasien,
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik (DGAP), Berlin



15

R

Russlands Krieg gegen die Ukraine ist zu einer wichtigen Legitimationsressource für das System Putin geworden. Der Ausgang des Krieges wird maßgeblich über die zukünftige europäische Sicherheitsordnung entscheiden.

Russlands groß angelegte Invasion gegen die Ukraine seit Februar 2022 bedeutet das Ende der kollektiven europäischen Sicherheitsordnung nach dem Kalten Krieg und beschleunigt einige Trends, die bereits vorher begonnen haben. Es macht Russland zu einem repressiven, zunehmend isolierten, semi-totalitären Staat, in dem es keine Opposition oder Raum für unabhängige Medien und Zivilgesellschaft gibt.

Russland

wird wirtschaftlich, technologisch und militärisch geschwächt aus dem Ukraine-Krieg hervorgehen.



Opfer des Krieges: ein durch russische Raketen zerstörtes Einkaufszentrum in Kyjiw, die Allee der gefallenen ukrainischen Helden in Saporischschja und eine weinende Mutter am Sarg ihres getöteten vierjährigen Mädchens in Odessa.

Die russischen Führungseliten sehen sich seit mehr als einem Jahrzehnt in einem Krieg mit dem Westen. Der Krieg in der Ukraine ist aus Sicht des Kremls ein Stellvertreterkrieg vor allem mit den USA und der NATO, wobei die Ukraine ein Schlüsselstaat für die imperialen Ambitionen russischer Eliten ist. Der Krieg wird das Ende des russischen Imperiums beschleunigen, Russland wird wirtschaftlich, technologisch und militärisch geschwächt aus diesem Krieg hervorgehen. Jedoch hängt es auch von Europa und den USA ab, welche Rolle Russland zukünftig in Europa spielen wird: Wenn es den Krieg gewinnt, kann es die europäische Sicherheitsordnung mit Einfluss- und Grauzonen und einer neuen Blocklogik maßgeblich mitgestalten. Gleichzeitig ist Russland zu schwach, um global eine gestaltende Macht zu sein, und es wird deshalb weiter disruptiv und aggressiv auftreten.

Krieg als Legitimationsressource

Das Regime in Moskau hat sich auf den Krieg und die westlichen Sanktionen eingestellt und baut seine Legitimation zunehmend um den Krieg. Es gibt eine Verschiebung hin zu einer Kriegswirtschaft, und wir sehen, dass Russland systematisch mobilisiert, ohne eine große Mobilisierung durchzuführen. Die gesamte Logik der russischen Politik und Wirtschaft ist auf einen langfristigen Konflikt mit dem Westen ausgerichtet. Wir beobachten eine Umverteilung der Ressourcen in der russischen Wirtschaft und zwischen russischen Regionen und Teilen der Gesellschaft im Sinne des Krieges. Das heißt, wir sehen mit diesem

Krieg auch einen Regime- und Gesellschaftswandel und eine zunehmende Entmenschlichung Russlands. Dabei ist das Regime konsolidiert, es gibt derzeit niemanden in der Gesellschaft, Elite oder Wirtschaft, der Putin herausfordern könnte. Für das System Putin wird es entscheidend sein, die Einnahmen aus dem Ressourcenexport zu behalten, um für Loyalität zu bezahlen und die Mittel vor allem an den Sicherheitsapparat verteilen zu können.

«Wir sehen mit diesem Krieg auch einen Regime- und Gesellschaftswandel und eine zunehmende Entmenschlichung Russlands.»

Russland die Eskalationsdominanz nehmen

Die russischen Eliten wollen die Spielregeln in der europäischen und globalen Politik ändern und sind bereit, dafür einen hohen Preis zu zahlen. Deutschland begreift diesen Krieg zum ersten Mal als Sicherheitsbedrohung, aber die deutsche Gesellschaft und Eliten verstehen nicht ausreichend den autoritären beziehungsweise totalitären Charakter des Putin-Regimes, mit praktisch keinen roten Linien und seiner Bereitschaft, die Ukraine unter Kontrolle zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, ist Moskau auch bereit, Staat und Gesellschaft in der Ukraine zu zerstören. Es sieht noch immer so aus, als wenn europäische und US-amerikanische Politiker denken, dass ein Waffenstillstand in diesem Jahr möglich sein könnte.

Jedoch so lange Putin die Möglichkeit hat, den Krieg zu gewinnen, wird er immer wieder angreifen. Deshalb ist es wichtig, seine Kosten-Nutzen-Rechnung zu beeinflussen und Russland die Eskalationsdominanz in diesem Krieg zu nehmen. Russische Eliten denken immer in Kategorien von Win-Lose, eine Win-Win-Situation mit dem Westen gibt es in ihrer Vorstellung nicht.

Für Putin ist der Westen schwach, gespalten, opportunistisch und nicht sicher über seine Ziele. Wir haben mit unserem begrenzten Handeln und der zögerlichen Unterstützung für die Ukraine Spielraum für Russland geschaffen, um Zeit zu gewinnen und sich auf den Krieg einzustellen. Wir befinden uns in einem Zermürbungskrieg, in einem Wettbewerb um die Produktion von Waffen, Munition und die Deutungshoheit. Während das russische Sys-

«Während das russische System enorme Ressourcen mobilisiert hat, um seine Lücken zu schließen, haben wir nicht das Nötige zum Hochfahren der Waffen- und Munitionsproduktion getan.»

tem enorme Ressourcen mobilisiert hat, um seine Lücken zu schließen, haben wir nicht das Nötige zum Hochfahren der Waffen- und Munitionsproduktion getan. Die Ukraine wird in diesem Jahr einen hohen Preis für diese Versäumnisse zahlen müssen und sehr wahrscheinlich erneut Territorium verlieren. —

WIRD DER SAHEL RUSSISCH?

Autor: Götz Heinicke
 Leiter des Büros Togo und Westafrika-Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung

R

Russland gewinnt in Afrika an Popularität. Weshalb kommt es zu einer Abkehr von der westlichen Welt? Der Versuch einer afrikanischen Betrachtung.

Die Sahelstaaten Mali, Burkina Faso und Niger stehen im Mittelpunkt der Sahelkrise, werden vom Militär regiert, haben sich verbündet und gehen auf offenen Konfrontationskurs zur westlichen Welt. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit Russland vorangetrieben. Die Sicherheitslage in den drei Ländern hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. In Burkina Faso befinden sich etwa 40 Prozent des Staatsgebiets unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen. In Niger gelten fünf der sieben Regionen des Landes als „völlig unsicher“. Im Jahr 2023 gab es in Burkina Faso 2,1 Millionen Binnenvertriebene (zehn Prozent der Gesamtbevölkerung), in Niger circa 700.000 Menschen.

„Franzosen-Hass“ und Wut auf die westliche Welt

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich ist der perfekte Sündenbock für die Krise. Frankreich wird eine fortgesetzte koloniale Unterdrückung, die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Einmischung vorgeworfen. Viele sehen Frankreich als Schuldigen für die anhaltende Armut und wirtschaftliche Unterentwicklung. Dieser Hass auf Frankreich wird auf weitere westliche Länder übertragen.

Auch für die Verschlechterung der Sicherheitslage wird Frankreich verantwortlich gemacht, da die militärische Zusammenarbeit nicht zu einer Zerschlagung des Terrorismus geführt hat. In der öffentlichen Meinung wird eine antifranzösische Stimmung erzeugt, welche durch mediale Hetze in sozialen Netzwerken befeuert wird. Es sei alles die Schuld Frankreichs. Dies wird in der Bevölkerung kaum hinterfragt.



Denkmal des Nationalhelden Thomas Sankara in Ouagadougou, der von 1983 bis 1987 erster Präsident Burkina Fasos war und 1987 ermordet wurde.

«Der Hass auf Frankreich wird auf weitere westliche Länder übertragen.»

Verschiedene Terrorgruppen

Vor allem Al-Qaida-Abspaltungen sind in der Region aktiv. Sie sind teils in die Bevölkerung integriert. Diese rivalisieren in einigen Regionen mit Gruppierungen des Islamischen Staates. Im Süden des Nigers ist auch Boko

Haram anwesend. Es wird geschätzt, dass im Jahr 2023 insgesamt über 2.200 Terroranschläge in den drei Ländern durch Al-Qaida-Abspaltungen begangen wurden; 600 durch IS-nahe Gruppierungen und etwa 50 durch Boko Haram.

Es ist dokumentiert, dass einige Golfstaaten, allen voran Katar, terroristische Gruppen finanzieren. Teilweise erheben diese aber auch eigene Steuern und Abgaben bei der Bevölkerung, beuten Bodenschätze aus oder sind in den Menschenhandel und andere illegale Aktivitäten involviert, um sich zu finanzieren.

Hohes Ansehen der Militärregierungen

Die Militärregierungen genießen (noch) eine große Popularität in der Bevölkerung. Die Staatsstrieche fanden aufgrund der Schwäche der staatlichen Institutionen und der

Verschlechterung der Sicherheitslage statt. Dies wirkt durchaus paradox, da die Sicherheit des Landes gerade Aufgabe des Militärs gewesen wäre. Die Militärs warfen ihren legitimen Regierungen vor, zu sehr mit dem Westen militärisch, wirtschaftlich und politisch kooperiert und dadurch die aktuelle Krise herbeigeführt zu haben. Insofern sind nun die Ziele:

- die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und
- eine grundlegende Veränderung der Zusammenarbeit mit dem Westen.

Dies kann auch deswegen erfolgen, da mit Russland ein neuer Partner bereitsteht, der keine Wahlen oder Menschenrechte fordert.

«Die Militärregierungen genießen (noch) eine große Popularität in der Bevölkerung.»

Allerdings können die Militärregimes die terroristische Bedrohung derzeit nicht stoppen, sodass sich die Sicherheitslage in der gesamten Region weiter verschlechtert hat. Dadurch konnte das zentrale Versprechen der Sicherheit, welche die Zustimmung in der Bevölkerung begründet, noch nicht erfüllt werden.

Ein weiterer Grund für den Rückhalt ist die offene Konfrontation mit dem Westen. Dies sorgt für Popularität und wird als Zeichen der Stärke bewertet. Insofern ist für die Militärregierungen dieser offene Konflikt überlebenswichtig und wird auch entsprechend publiziert.

Beliebtheit Russlands

Russland musste nicht viel leisten, um Popularität zu erlangen. Ein Grund ist der (gesteuerte) Hass auf die westliche Welt. Man hat ein gemeinsames Feindbild. Aus Sicht der Sahelländer sei die Zusammenarbeit mit dem Westen weder aufrichtig noch eine Win-win-Situation gewesen. Man fühlt sich durch den Westen ausgenutzt.

Russland verspreche eine andere Partnerschaft mit echter Unabhängigkeit und Souveränität. Es vermeidet, den Machhabern Lektionen in Demokratie und guter Regierungsführung zu erteilen, und beschränkt sich stattdessen darauf, mit der herrschenden Klasse ein Win-win-Geschäft zu machen. Menschenrechte und die sozioökonomische Entwicklung der afrikanischen Bevölkerung stehen für Russland nicht im Vordergrund.

Auch militärisch ist Russland als Partner sehr attraktiv: „Man kann Waffen kaufen, ohne dass dies – wie bei den westlichen Ländern – an Bedingungen geknüpft wird.“ Dies wurde als Einmischung in innere Angelegenheiten aufgefasst.

«Nach Ansicht der Sahelländer verspreche Russland eine Partnerschaft mit echter Unabhängigkeit und Souveränität.»



Russland gewinnt in den Ländern Westafrikas an Popularität und wirtschaftlichem Einfluss.



Flüchtlingkinder am Straßenrand in Ouagadougou

Ausblick

Die Lage im Sahel bleibt angespannt und ein Ende des Terrorismus ist derzeit nicht in Sicht. Die Terroristen haben ihren Rückhalt vor allem in der armen ländlichen

«Aufgrund der schlechten Sicherheitslage ist mit einer Zunahme von Armut, Binnenflüchtlingen und Flüchtlingen in die EU zu rechnen.»

Bevölkerung. Diesen Menschen müsste eine friedliche Lebensperspektive gegeben werden, damit sie nicht mehr gezwungen sind, sich Terrorgruppierungen anzuschließen. Militäraktionen sind langfristig keine Option. Es müssen strukturelle Lösungen für die Entwicklung gefunden und das friedliche Zusammenleben gefördert werden.

Kurzfristig erscheint aber die militärische Bekämpfung von Terrorgruppen alternativlos.

Aufgrund der schlechten Sicherheitslage ist mit einer Zunahme von Armut, Binnenflüchtlingen und auch Flüchtlingen in die EU zu rechnen. Bereits im vergangenen Jahr konnte nach dem Putsch in Niger ein Anstieg verzeichnet werden.

Der große Nutznießer der augenblicklichen Situation ist Russland, das seine wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu den Sahelstaaten ausbauen, hiervon finanziell profitieren und Europa mit steigenden Flüchtlingszahlen belasten könnte.

Und trotz allem gibt es auch einen Hoffnungsschimmer: Die Zivilgesellschaft in den Sahelländern ist sehr aktiv und fordernd. Diese mag zwar momentan durch Verbote etwas ruhiggestellt sein, aber dieser Zustand wird nicht von Dauer sein. Diese Zivilgesellschaft darf nicht im Stich gelassen werden. —

DER WESTEN MUSS AUFWACHEN»

Die Welt ist im Umbruch, neue Strukturen und Bündnisse bilden sich. Wir sprachen mit Professor Dr. Carlo Masala und dem Bundestagsabgeordneten Florian Hahn über die Herausforderungen.

22

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Politik in vielen europäischen Staaten verändert und weltweit die Achsen verschoben. Der Westen hat viele Fehler im Umgang mit Diktaturen gemacht. Was kann Deutschland für die europäische Sicherheit tun? Ein Gespräch mit zwei Experten.

politicus: Die Ukraine ist aktuell in der Defensive, auch weil der Westen mit seiner Unterstützung lange geschlafen hat. Sehen Sie noch eine Chance für einen ukrainischen Sieg und was müsste der Westen dafür tun?

Florian Hahn: In der Tat könnte die Ukraine besser dastehen. Hätte in der Vergangenheit der Westen konsequenter und vor allem schneller unterstützt, wäre beispielsweise die Frühjahrsoffensive der Ukraine im vergangenen Jahr deutlich erfolgreicher gewesen. Aber die Ukraine kann sich immer noch gut gegenüber den Invasoren aus Russland

behaupten. Sie ist dankbar für jede Unterstützung, die aus dem Westen kommt. Und sie wird auch dringend benötigt, denn es ist ein Krieg mit hoher Abnutzung – Waffensysteme und vor allem Munition sind ein extrem knappes Gut.

Carlo Masala: Ich teile diese Einschätzung. Die Situation sieht momentan im Osten und Nordosten kritisch aus, dort ist die Ukraine in der Defensive. Der Osten ist aber nicht der einzige Fokus in diesem Krieg. Es gibt noch immer sehr viel Dynamik rund um die Krim, es gibt Zerstörungen von Raffinerien auf russischem Territorium, dort be-

stimmt die Ukraine die Lage. Es ist Aufgabe der unterstützenden Staaten, die Ukraine über das Jahr 2024 zu bringen. Ihr dabei zu helfen, die Linien zu halten, die noch gehalten werden können. Dazu braucht es Munition, Artilleriesysteme, Luftverteidigung und Raketen mit einer längeren Reichweite, die die russische Logistik zerstören können. All das wäre jetzt Aufgabe des „kollektiven Westens“, hier so schnell wie möglich in die Gänge zu kommen. Aber leider wird Europa seiner Verantwortung nicht gerecht.

Lange Zeit sah es nicht danach aus, dass die amerikanische Waffenliefe-

rung an die Ukraine im US-Repräsentantenhaus durchkommt. In dieser ganzen Zeit von vier bis fünf Monaten war Europa nicht in der Lage, Luftverteidigung und Munition zu liefern. Das gelang erst durch die Initiative des tschechischen Präsidenten zum Kauf von 800.000 Schuss Artilleriemunition, die aber finanziell noch immer nicht unterfüttert ist! Von den laut Ukraine sieben bis neun benötigten Patriot-Abwehrsystemen wurde gerade mal eins versprochen. Europa zeigt hier schwere Versäumnisse.

Wie beurteilen Sie die Verzögerungen bei fast allen Waffenlieferungen durch Olaf Scholz, zuletzt beim Taurus?

Masala: Es gibt keine Wunderwaffen, die Kombination der Waffen macht es. Taurus ist ein wichtiges Wirkmittel insbesondere für die Zerstörung der Brücke von Kertsch, über die noch immer ein Großteil der rus-



„Leider wird Europa seiner Verantwortung nicht gerecht.“
Professor Dr. Carlo Masala (r.) und Florian Hahn, MdB.

«Es ist Aufgabe der unterstützenden Staaten, die Ukraine über das Jahr 2024 zu bringen. Ihr dabei zu helfen, die Linien zu halten, die noch gehalten werden können.»

Carlo Masala

sischen Logistik läuft. Will man das unterbinden, muss man die Brücke angreifen. Ich glaube aber, der Kanzler hat sich so festgelegt, Taurus nicht zu liefern, dass er davon nicht mehr abrückt. Was auch damit zu tun hat, dass wir uns in einem Wahljahr befinden, mit den Europawahlen und drei Wahlen in den östlichen Bundesländern, wo die Taurus-Lieferung in großen Teilen abgelehnt wird. Und zu den anderen Waffen: Wir kommen in Europa und Deutschland immer erst dann in die Gänge, wenn die Situation für die Ukraine kritisch oder der internationale Druck enorm hoch ist. Was für mich ein Hinweis darauf ist, dass es eigentlich keinen strategischen Plan gibt.

Was ist unser Ziel? Was braucht die Ukraine? Das spiegelt sich wider in der Weigerung des Kanzlers, den Satz „Russland muss diesen Krieg verlieren“ zu sagen. Scholz sagt nur,

23

die Ukraine darf nicht verlieren. Das ist nicht nur semantisch ein Unterschied, sondern auch realpolitisch.

Hahn: Der Bundeskanzler und seine SPD spielen hier ein perfides parteipolitisches Spiel. Die Weigerung, Taurus zu liefern, der eine erhebliche Verbesserung der ukrainischen Lage darstellen würde, ist allein davon geprägt, dass die SPD sich als „Friedenspartei“ gerieren will – beginnend mit dem Europawahlkampf bis einschließlich der Bundestagswahl 2025. Das kostet am Ende des Tages tatsächlich Leben in der Ukraine. Deswegen halte ich das für völlig verantwortungslos und auch nicht würdig für Deutschland, das eigentlich eine Führungsrolle in der Außen- und Sicherheitspolitik in Europa einnehmen sollte.

Masala: Wenn Deutschland voranschreitet bei bestimmten Dingen, dann hat man immer die Garantie, dass ein großer Teil der europäischen Staaten hinterherkommt. Wenn Deutschland aber zaudert, versteckt sich ein Großteil der europäischen Staaten hinter der deutschen Zögerlichkeit. Es ist also entscheidend, ob hier Führung ausgeübt wird oder nicht.

«Die Bundesregierung sorgt mit ihrem Verhalten dafür, dass die Ukraine zu schwach zum Siegen und zu stark zum Verlieren ist.»

Florian Hahn

Hahn: Ja, leider sorgt die Bundesregierung mit ihrem Verhalten im Moment dafür, dass die Ukraine zu schwach zum Siegen und zu stark zum Verlieren ist. Mit Blick auf die menschlichen Opfer ist das eine bittere Situation.

Putins Ziel ist doch, dass wir aus Angst um unsere eigene Haut die Ukraine preisgeben? Fakt ist aber: Russlands Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt etwa zwei Prozent der Weltwirtschaft, der Westen kommt mit seinen Verbündeten auf über 60 Prozent. Russlands Verteidigungsetat beträgt etwa ein Achtel des US-Etats und ein Viertel der restlichen NATO.

Hahn: Das Ziel Putins begrenzt sich aber nicht auf die Ukraine, sondern das von ihm mehrfach öffentlich postulierte Ziel ist die Wiederherstellung einer russischen Einflusszone wie zu Zeiten der Sowjetunion. Das beinhaltet übrigens auch Ostdeutschland. Und wir sollten spätestens seit 2014 gelernt haben, dass Putin das, was er sagt, auch tatsächlich bereit ist zu tun. Wir müssten uns aber nicht fürchten, wenn wir uns dieser Gefahr bewusst werden und die richtigen Maßnahmen einleiten – Maßnahmen, die bisher nur versprochen, aber in keiner Weise umgesetzt werden. Nämlich tatsächlich verteidigungsfähig zu werden. Oder, wie es Pistorius sagte, kriegstüchtig.

Masala: Ja, Putin will mehr als nur die Ukraine. Und natürlich sind wir ökonomisch stärker. Auch wenn man nur auf die militärischen Potenziale schaut: Die NATO-Staaten haben mehr Panzer, mehr Kampfflugzeuge, mehr Soldaten. Der entscheidende Punkt aber ist: Wird Putin den Eindruck haben, dass wir auch bereit sein werden, alles vollumfänglich einzusetzen, um zum Beispiel einen Staat im Baltikum zu verteidigen?

Wenn er den Eindruck hat, dass das nicht so ist, dann steigt die Wahrscheinlichkeit eines solchen Angriffs auf NATO-Territorium. Denn er würde

die Message eines „begrenzten Angriffs“ ausgeben, dass es „nur“ um Estland, Litauen oder Lettland gehe.

Zudem hat er ja die Erfahrung gemacht, wenn Russland mit dem Einsatz von Nuklearwaffen droht, dass das Schockwellen in den europäischen Gesellschaften auslöst, insbesondere in Deutschland. Dass das den Menschen so eine Angst einjagt, dass sie nicht bereit sind, bestimmte Reaktionen ihrer Regierungen zu unterstützen.



Herr Professor Masala, wie beurteilen Sie die deutsche Zeitenwende, was ist geschehen, was fehlt? Und gab es einen nachhaltigen Wandel der strategischen Kultur?

Masala: Zunächst einmal muss man festhalten, wenn man die Rede von Scholz vom 27. Februar 2022 nochmals hört, dass er in der Tat schon sechs oder sieben Mal von Zeitenwende redet – aber nie von einer Zeitenwende für Deutschland. Sondern er sagt: Der russische An-

griffskrieg ist eine Zeitenwende in der internationalen Politik. Und er kündigt das Sondervermögen für die Bundeswehr plus das Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels der NATO an. Wir sind es, die von einer Zeitenwende in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprechen.

Hahn: Er auch inzwischen!

Masala: ... er jetzt auch, das stimmt. Ich glaube aber, dass die Dynamik dieser Zeitenwende schon

lange verraucht ist. Wir hatten ein Zeitfenster, vielleicht von Februar bis Juni 2022, wo sehr viele Entscheidungen getroffen wurden mit Blick auf die Bundeswehr. Entscheidungen, die wir zehn Jahre lang diskutiert haben und die zumeist auch von der SPD verhindert wurden. Jetzt wurden sie plötzlich quasi über Nacht getroffen. Seitdem sich die Russen aus Kiew zurückziehen mussten, ist der Druck aber weg, hier voranzugehen. Ein Beispiel: Alle Beschaffungs- und Entwicklungsprojekte der Bundes-

Kritisieren fehlende Strategien der Bundesregierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen: Professor Dr. Carla Masala (l.) und Florian Hahn, MdB.





wehr über 25 Millionen Euro bedürfen seit 1981 vor Vertragsabschluss der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages. Will man hier wirklich Tempo reinbringen, dann muss man diese Summe deutlich erhöhen.

Aber trotzdem bleiben wir bei dem alten Verfahren, als ob im Osten Europas kein Krieg stattfinden würde, von dessen Ausgang die gesamte Sicherheit Europas beeinträchtigt werden kann. Die eigentliche Zeitenwende haben wir überhaupt noch nicht eingeleitet. Denn das ist die Frage: „Wie kriegen wir diese Gesellschaft wehrhaft?“ Ich glaube, nur eine wehrhafte Gesellschaft ist in der Lage, eine kriegstüchtige Bundeswehr im Fall der Bündnisverteidigung nachhaltig zu unterstützen. Und bereit, den Preis dafür in Kauf zu nehmen.

Wir erleben ja, dass Russland und andere Akteure seit mehr als einer Dekade einen hybriden Krieg gegen die Bundesrepublik führen. Aber wir haben noch immer eine Gesellschaft, die nicht resilient gegenüber diesen Beeinflussungen ist.

Hahn: Das kann ich unterstreichen. Wir haben mit Blick auf den Staat eine Zeitenwende, drei Tage nach Ausbruch des Krieges. Bis heute ist die Bundeswehr aber nicht verteidigungsfähiger geworden, ganz im Gegenteil. Wir geben seit über zwei Jahren massiv Material an die Ukraine ab, was ich ausdrücklich unterstütze. Aber wir sind nicht in der Lage, das zügig nachzubeschaffen, geschweige denn darüber hinaus zusätzliches Material, um der Bundeswehr die Landes- und Bündnisverteidigung zu ermöglichen. Deswegen gibt es auch

« **Die Egoisten der Nationalstaaten haben dazu geführt, dass einige erst ihre eigenen Munitionsdepots vollgemacht haben und dann keine Kapazität mehr für die Ukraine vorhanden war.»**

Florian Hahn

gar keinen Grund für Putin, sein Verhalten zu ändern. Er setzt auf einen neuen US-Präsidenten und sieht, dass Europa gleichzeitig schwächer, zerstrittener wird. Deswegen geht sein Spiel aktuell auf.

Masala: Das stimmt. Putins Strategie, die er seit Ende 2022 verfolgt, nämlich auf die Erschöpfung unserer Gesellschaften zu setzen, geht momentan auf. Er kriegt zwar in der Ukraine keine schnellen Durchbrüche, aber er hat genug Menschen und Ma-

terial, um diesen Krieg ständig weiter zu befeuern. Das für ihn Entscheidende ist, dass wir schwächeln. Wenn wir schwächeln, schwächt die Ukraine, das sehen wir am Munitionsmangel.

Herr Hahn, Bayern ist mit rund 45.000 Erwerbstätigen das Zentrum der Verteidigungsindustrie in Deutschland. Die Rüstungsbranche bemängelt mehr als zwei Jahre nach Kriegsbeginn fehlende Aufträge durch die Bundesregierung, ohne die sie nicht tätig wird. Sehen Sie hier Versäumnisse?

Hahn: Ja natürlich. Es ist kein Wunder, dass die Industrie nicht handeln kann, wenn es in der mittelfristigen Finanzplanung keinen Aufwuchs gibt. Wer fordert, dass die Industrie auf eigene Kosten Produktionskapazitäten ausweitet, der übersieht, dass sie diese nicht finanzieren kann. Die Banken sagen bei Kreditanfragen natürlich: „Zeig mir den Auftrag, zeig mir das klare Statement des Staates, dass Aufträge kommen.“ Das alles gibt es nicht. Auch da sieht man, wie fatal es ist, dass diese Bundesregierung nicht ambitionierter ist.

Oder betrachten wir die Munitionsinitiative, die Verteidigungsminister Pistorius im März 2023 vollmundig in Brüssel verkündete und die gescheitert ist. Man hat damals eine Million Artilleriegeschosse für die Ukraine versprochen, und zwar innerhalb von zwölf Monaten. Es sind nur 300.000 geworden.

Die Egoisten der Nationalstaaten haben dazu geführt, dass einige ihre eigenen Munitionsdepots vollgemacht haben und dann keine Kapazität mehr für die Ukraine vorhanden war. In Deutschland ist allerdings weder das Eine noch das Andere passiert.

Prof. Dr. Carlo Masala

1968

- geboren 1968
- 2004 Research Advisor am NATO Defense College in Rom
- seit 2007 Professor für Internationale Politik an der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München
- 2011-2014 Dekan der Fakultät Staats- und Sozialwissenschaften
- Mitherausgeber verschiedener politikwissenschaftlicher Zeitschriften
- seit 2024 ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

2024

Zusätzlich zu unseren Interviewfragen haben wir Carlo Masala zum Existenzrecht Israels befragt. Sehen Sie hierzu das Video.





28 Sicherheit langfristig planen: Barbara Fürbeth und Andreas von Delhaes-Guenther interviewten Professor Dr. Carla Masala (r.) und Florian Hahn, MdB (l.) an der Bundeswehr-Universität Neubiberg.

Das Sondervermögen für die Bundeswehr ist bereits vollständig verplant, der Wehretat ist fast unverändert und die Ukrainehilfe reißt Lücken. Wie soll Deutschland künftig das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen – bei einem Investitionsstau bei der Bundeswehr von weiteren 300 Milliarden Euro und fehlenden innovativen Fähigkeiten, zum Beispiel bei Drohnen, künstlicher Intelligenz oder im erdnahen Weltraum?

Hahn: Ich möchte erst mal festhalten, dass das wirklich ein Himmelfahrtskommando ist, das die Bundesregierung an dieser Stelle betreibt, weil sie für das Zwei-Prozent-Ziel ab 2028 sehenden Auges auf eine Finanzlücke von jährlich mindestens 50 Milliarden Euro zuläuft, ohne etwas dagegen zu tun. Offensichtlich sind die Mitglieder dieser Bundesregierung davon überzeugt, dass sie der nächsten Bundesregierung nicht

«Die Migrationsfrage ist eine der drei großen Herausforderungen für Europa – neben Klima und Verteidigung.»

Carlo Masala

mehr angehören, weil sie diese Verantwortung komplett in die Zukunft schieben. Das ist in mehrerlei Hinsicht unverantwortlich. Erstens, weil es teurer wird, zweitens, weil die damit verbundenen gesellschaftlichen Verwerfungen enorm sein werden. Auch hier muss man ein parteipolitisches Spiel unterstellen, das einfach nicht zur aktuellen Bedrohungslage passt.

Masala: Der Punkt ist: Wir befinden uns jetzt am Beginn der Haushaltsberatungen für das Jahr 2025. Der Finanzminister sieht neben dem Sondervermögen nur 50 Millionen Euro für Investitionen vor, den Rest des normalen Verteidigungsetats frisst der laufende Betrieb der Bundeswehr. 50 Millionen sind gar nichts. Sie müssten jetzt mit einem systematischen Aufwuchs des Verteidigungsetats anfangen, weil unabhängig davon, wer ab 2025 regiert, ist es gesellschaftlich nicht zu vermitteln,

2028 plötzlich zu sagen, wir steigern den Verteidigungshaushalt um 50 Milliarden Euro. Das ist für keine Partei machbar, zumal wir nicht wissen, wie wir dann wirtschaftlich und finanziell dastehen.

Entscheidet die Migrationsfrage über die Zukunft Europas? Immerhin wird sie bereits von Russland und Belarus als Waffe eingesetzt.

Hahn: Migration ist ein Thema, das die Gesellschaften in Europa massiv bewegt. Im wahrsten Sinne des Wortes: Zu viel Migration, zu unkontrollierte Migration – das hat tatsächlich das Potenzial, diese Gesellschaften innenpolitisch zu sprengen. Deswegen setzt Putin das auch sehr gezielt ein. Darum brauchen wir hier Lösungen, auch in unserem eigenen Interesse.

Masala: Die Migrationsfrage ist eine der drei großen Herausforderungen für Europa, unabhängig davon, ob sie als Waffe eingesetzt wird. Daneben sind es noch Klima und Verteidigung. Wenn ich Migration und Klima anschau, dann zeigt sich auch, dass wir mittlerweile in einem Jahrtausend leben, wo man das eine nicht ohne das andere lösen kann. Sie können natürlich versuchen, die Migrationsfrage so zu lösen, dass man zu viel unkontrollierte Migration in die Europäische Union verhindert. Damit bleibt aber die Frage: Warum fliehen Menschen? Das hängt auch mit der Klimafrage zusammen. Wenn wir glauben, wir könnten Herausforderungen isoliert voneinander behandeln, dann werden wir immer nur temporäre Erfolge erzielen.

Lieber Herr Hahn, lieber Herr Professor Masala, vielen Dank für das Gespräch. —

Florian Hahn, MdB

1974

- geboren 1974
- seit 2021 Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Parteiämter

- seit 2014 Landesvorsitzender des Arbeitskreises Außen-, Sicherheits- und Europapolitik (ASP) der CSU
- 2019-2022 Stellvertretender Generalsekretär der CSU

Politische Mandate

- seit 2009 Mitglied des Bundestages
- 2014-2018 Sprecher der CSU-Landesgruppe für Auswärtiges, Verteidigung und EU
- 2018-2021 Europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

2024

Wir haben Florian Hahn um ein Video-Statement zur feministischen Außenpolitik gebeten. Das Video hierzu sehen Sie hier.



29

DER NÄCHSTE KRIEG IM NAHEN OSTEN

Autor: Dr. Guido Steinberg
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

N

Nach den iranischen Angriffen auf Israel Mitte April 2024 wird viel über die unmittelbare Reaktion Israels diskutiert. Schon bald droht unabhängig von den aktuellen Geschehnissen ein größerer Waffengang zwischen Israel einerseits und der Hisbollah und Iran andererseits.

Der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza beherrscht seit Oktober 2023 die Politik des Nahen Ostens. Die Ereignisse scheinen zum wiederholten Male die vor allem in Deutschland verbreitete These zu bestätigen, dass es sich

bei der Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern um den alles überragenden „Kern-“ oder „Schlüsselkonflikt“ der Region handelt. Doch hat die Rivalität zwischen Iran und seinen Gegnern in den vergangenen Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen und strahlt auf die gesamte Region aus. Dies zeigte sich zunächst daran, dass die Hamas bei der Attacke am 7. Oktober vom Training durch Iran und die libanesische Hisbollah profitierte. Noch deutlicher wurde die regionale Dimension des Konflikts aber, als Iran im April Israel mit Drohnen, Marschflugkörpern und Raketen angriff.

«Der offensive Charakter des iranischen Vorgehens ist seit 2015 nicht mehr zu übersehen.»

32

Irans Strategie zur Erringung der Vorherrschaft in der Region

Die Ursache des Konflikts ist der Wille Irans, Hegemonialmacht Nummer eins zu werden. Seit der Islamischen Revolution 1979 bemüht sich die Führung des Landes darum, die Machtverhältnisse in der Region umzuwälzen. Zu diesem Zweck zielt Teheran in erster Linie darauf ab, die USA zu einem Rückzug zu zwingen, um anschließend gegen die amerikanischen Verbündeten Israel, Saudi-Arabien und andere vorgehen zu können. Obwohl US-Militär weiterhin in vielen Staaten des Nahen Ostens stationiert bleibt, hat Iran vor allem seit 2015 seinen Einfluss stark ausgebaut. Es behauptet zwar, sich auf eine „Vorneverteidigung“ zu beschränken, um sich durch die Präsenz von iranischem Militär und verbündeten Gruppierungen im Irak, Syrien und Libanon vor den USA und Israel zu schützen, doch ist der offensive Charakter des iranischen Vorgehens seit 2015 nicht mehr zu übersehen.

Das wichtigste Instrument iranischer Machtprojektion ist die „Achse des Widerstands“, wie die Iraner ein Bündnis nennen, zu dem unter anderem schiitische Milizen im Irak, die Hisbollah, die jemenitischen Huthis und die Hamas gehören. Angeführt vom Quds-Korps der iranischen Revolutionsgarden haben diese Kräfte in den Wirren nach dem

Arabischen Frühling von 2011 ihre Positionen ausbauen können. Im Irak haben sie dazu beigetragen, die Jihadisten des Islamischen Staats (IS) zu schlagen, in Syrien den Diktator Bashar al-Assad vor dem Sturz durch sunnitische Aufständische bewahrt und im Jemen große Teile des Landes direkt erobert. Während die Huthis mit ihrem Arsenal an von Iran gelieferten Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen Saudi-Arabien in Schach halten, bedroht die Hisbollah mit den gleichen Waffen Israel.

Der jüdische Staat stellt sich der iranischen Expansion schon seit Jahren entgegen. Seit 2017 hat die israelische Luftwaffe iranisches Militär und die mit ihm verbündeten schiitischen Milizen in Syrien mehr als tausend Mal angegriffen. Es ging Israel vor allem darum, zu verhindern, dass Iran neben seiner Präsenz im Südlibanon eine „zweite Front“ entlang der israelisch-syrischen Grenze auf dem Golan einrichtet. Dies ist seit spätestens 2015 das Ziel Teherans, das näher rückte, als es den Revolutionsgarden bis Ende 2017 gelang, eine „Landbrücke“ von Iran über den Irak nach Syrien freizukämpfen, über die sie noch mehr Waffen, Material und Personal in Richtung Westen transportieren können als vorher.



Dr. Guido Steinberg ist Islamwissenschaftler. Seine Arbeitsgebiete sind Zeitgeschichte und Politik des Nahen Ostens und islamistischer Terrorismus.

33

Gefahr eines Krieges zwischen der Hisbollah und Israel

Die israelischen Angriffe verhinderten zwar die dauerhafte Stationierung von Iranern und verbündeten Milizen nahe der Grenze, doch die von der Hisbollah im Libanon ausgehende Gefahr wuchs. Die Miliz verfügt heute über 150.000 und mehr Flugkörper aller Art, die fast das gesamte israelische Staatsgebiet mit teils großer Genauigkeit treffen können. Seit dem 8. Oktober beschießen Hisbollah-Einheiten das israelische Grenzgebiet, um ihre Solidarität mit der Hamas im Gazastreifen zu demonstrieren, ohne jedoch auf eine größere Konfrontation mit Israel abzielen. In Israel hat die Lage an der Nordgrenze aber eine Diskussion darüber entfacht, ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen ist, um die Hisbollah so zu dezimieren, dass sie den jüdischen Staat nicht mehr bedrohen kann.

Ein Vergeltungsschlag für die iranischen Angriffe Mitte April scheint schon beschlossene Sache zu sein. Darüber hinaus ist es aber möglich, dass sich die israelische Regierung in nächster Zeit zu einem großen Präventivschlag gegen die Hisbollah entschließt. Der Angriff wäre notwendigerweise massiv, denn nur auf diese Weise – so die Hoffnung der Befürworter – könnte zumindest teilweise verhindert werden, dass die Raketen, Marschflugkörper

und Drohnen in Israel große Zerstörungen anrichten. Da die Hisbollah nach dem 7. Oktober eindeutig zuerst angegriffen hat und den Beschuss fortführt, wäre es für Israel zurzeit leichter möglich als in ruhigeren Zeiten, die Miliz für den Krieg verantwortlich zu machen.

Doch auch wenn der Krieg gegen die Hisbollah zunächst ausbleiben sollte, ist es wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, wann er ausbricht. Denn die Situation an der libanesischen Grenze ist aus Sicht Israels auf Dauer unhaltbar, und auch die Hisbollah und ihre Unterstützer in Iran suchen nach Wegen, sich für die zahllosen israelischen Angriffe der vergangenen Monate und Jahre zu revanchieren. Im Fall eines Kriegs zwischen der Hisbollah und Israel dürfte auch Iran intervenieren, um seinem Verbündeten beizustehen. Vielleicht noch wichtiger ist aber der ungebrochene Wille Irans, eine Vormachtstellung im Nahen Osten einzunehmen. Zu diesem Zweck unterhält es ein militärisches Nuklearprogramm und ist schon heute nukleare Schwellenmacht – kann also jederzeit eine Bombe bauen, wenn es will. Sollte sich Iran für eine nukleare Bewaffnung entscheiden, wird ein Waffengang mit Israel und vielleicht auch den USA noch wahrscheinlicher. —

EUROPA MUSS EUROPÄ- ISCHER DENKEN

Autor: Markus Ferber, MdEP

34

U

Ukraine-Krieg, Putins imperialistische Ambitionen oder wachsende Unzuverlässigkeit der USA – die Sicherheitslage Europas ist ernst. Die EU hat erste Schritte eingeleitet, um verteidigungspolitisch handlungsfähiger zu werden, ist dabei aber auf ihre Mitglieder angewiesen. Mehr europäisch und weniger Kleinstaaterei ist das Gebot der Stunde.

Die europäische Sicherheitsordnung befindet sich spätestens mit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Umbruch, weitere Erschütterungen stehen mit Blick auf die US-Präsidentenwahl potenziell bevor. Die Jahre der Friedensdividende, die sich heute europaweit in unterfinanzierten Armeen und militärischen Fähigkeitslücken manifestieren, sind vorbei. Der Ukraine-Krieg unterstreicht die zentrale Rolle der USA und der NATO für die europäische Sicherheit.

Die Debatten in Amerika zeigen jedoch, dass Europa deutlich mehr Verantwortung übernehmen muss:

- kurzfristig, indem es Ausfälle amerikanischer Unterstützungsleistungen für die Ukraine kompensiert,
- mittel- bis langfristig, indem es seinen Beitrag zur europäischen Sicherheit ausbaut und Handlungsfähigkeit unabhängig von den USA gewinnt, die sich zunehmend auf den Indo-Pazifik konzentrieren.

Dies kann kein europäischer Staat allein leisten und die dafür notwendige Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist eine schwierige Aufgabe, die der gestiegenen Komplexität der geopolitischen Lage gerecht werden muss.



Markus Ferber ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung und langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments. Er setzt sich für die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.

35

Zwischen Realität und Anspruch

Zwar hat der Ukraine-Krieg die Rolle der Europäischen Union als sicherheitspolitischer und begrenzt auch militärischer Akteur gestärkt – etwa mit Blick auf die Unterstützungsleistungen für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität, eine Ausbildungsmission für ukrainische Soldatinnen und Soldaten sowie Schritte zur gemeinsamen Rüstungsbeschaffung oder zur Stärkung der Reaktions- und Produktionsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie. Allerdings klaffen Anspruch und Wirklichkeit oft noch weit auseinander, wie das bislang nicht erfüllte Versprechen der EU zeigt, eine Million Artilleriegeschosse an die Ukraine zu liefern.

Keine sicherheitspolitische Kleinstaaterei

Dies liegt unter anderem daran, dass die EU zwar wichtige Initiativen wie die „Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigungsplanung“, die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ oder den „Europäischen Verteidigungsfonds“ auf den Weg gebracht hat, um die GSVP effektiver zu gestalten. Diese werden von den Mitgliedstaaten

aber nur unzureichend genutzt und umgesetzt. Nationale Sicherheitsvorsorge ist Aufgabe der Mitgliedstaaten – ihre Investitionen bilden die Grundlage für Europas Verteidigungsfähigkeit.

Diese müssen jedoch auf EU-Ebene koordiniert und über gemeinsame Beschaffungsprojekte abgewickelt werden, um zugleich eine innovative, international wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie in Europa zu fördern. Das ist nicht nur aus Gründen der Kostenersparnis geboten, sondern auch im Hinblick auf die Interoperabilität und bedarfsgerechte Schließung von Fähigkeitslücken zwingend erforderlich. Diese Koordinierungsaufgabe komplementär zur NATO kann letztlich nur die EU erfüllen – vorausgesetzt, die Mitgliedstaaten verabschieden sich von der sicherheitspolitischen Kleinstaaterei und begreifen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als europäische Gemeinschaftsaufgabe. Denn mit einem Wahlsieg Donald Trumps könnte sich das Zeitfenster für die notwendigen Maßnahmen in Europa schnell schließen. ■

BE SMART,

**BEFORE
YOU KILL**



Autor: **Andreas v. Delhaes-Guenther**
Hanns-Seidel-Stiftung

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge“, soll der griechische Philosoph Heraklit gesagt haben. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt in Deutschland jedenfalls zu Veränderungen. Eine echte Zeitenwende ist aber noch fern.



W

38

Wie ein Peitschenknall hallt der Schuss über das unterfränkische Tal nahe der hessischen Grenze. Bewaffnete ukrainische Soldaten laufen geduckt über den Kiesweg, die Deckung hinter Schrottautos, Mauern und Häusern nutzend. Weitere Schüsse folgen, immer wieder. An den Mündungen der Spezialgewehre der Schützen steigen bei jedem Schuss kleine Rauchwolken auf. Wird der Feind getroffen, ertönt in der Ferne ein „Ping“. Und es pingt oft, hier an der Schießbahn in Wildflecken. Ausbilder erläutern die Aufgabe, Ziele in 400 Metern Entfernung zu treffen. Auf dem Truppenübungsplatz werden ukrainische Soldaten von Experten der Bundeswehr und 14 anderer NATO-Staaten im Rahmen der Mission EUMAM Ukraine (European Union Military Assistance Mission) als Scharfschützen ausgebildet. Nicht die Scharfschützen, die tagelang auf der Lauer liegen, um einen Offizier mit einem Schuss zu töten. Der Rekord für so einen Schuss liegt laut Angaben aus Kyjiw angeblich bei 3,8 Kilometer. Nein, die Ukrainer hier werden zu Scharfschützen ausgebildet, die Kampfgruppen begleiten und Ziele auf mittlere Entfernung ausschalten müssen. „Jemand, der durch eine solche Optik schaut, sieht, wo und wie es im Ziel einschlägt“, erinnert Oberstleutnant Roland Bösker an die psychischen Belastungen der Scharfschützen. Bösker ist EUMAM-Presseoffizier des „Special Training Command“ (ST-C) aus Strausberg. Im Ziel? In der Unerbittlichkeit dieses Krieges sind das russische Soldaten. „Orks“ oder „Ruschisten“, wie die Ukrainer den verachteten Feind

nennen, der ihr Land vor zwei Jahren mit einem mörderischen Vernichtungskrieg überzogen hat. Ein Krieg, der eigentlich schon 2014 mit der Besetzung von Krim und Ostukraine begann.

Zeitenwende?

Rückblick, Berlin 2022. Mit ernstem Gesicht hält Bundeskanzler Olaf Scholz drei Tage nach Kriegsbeginn eine Regierungserklärung. „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“, betont Scholz. „Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf. (...) Oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus.“ Das Ziel sei nun eine „leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt“. Dafür werde ein „Sondervermögen Bundeswehr“ mit 100 Milliarden Euro für notwendige Investitionen eingerichtet. Scholz versprach, „Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts“ für Verteidigung auszugeben.

Veitshöchheim, Gegenwart. Das Sondervermögen ist bereits voll verplant, das Zwei-Prozent-Ziel nur durch Tuschenspielertricks erreicht, der Kanzler zögert bei jeder Waffenlieferung. Etwas hat sich aber geändert: Die 10. Panzerdivision wird der NATO bis 2025 einsatzfähig zur Verfügung gestellt – zwei Jahre früher als vorgesehen.



In Wildflecken wird auch mit schwerem Gerät trainiert. Einiges davon wurde ausgemustert und an die Ukraine geliefert. (v.l.): Allschutz-Transport-Fahrzeug Dingo, Schwertransporter Elefant, Allradfahrzeug Wolf, Transportpanzer Fuchs, Minenräumpanzer Keiler, Flugabwehrkanonenpanzer Gepard und Panzerhaubitze 2000.

„Damit ist für uns die ‚Zeitenwende‘ unmittelbar greifbar und auch sichtbar geworden“, erklärt deren Kommandeur, Generalmajor Ruprecht von Butler.

In der binationalen Division mit bis zu 30.000 Soldaten stellen neben den zwei schweren deutschen Brigaden die Niederlande die mittleren Kräfte. Das sind schnell verlegbare, radgepanzerte Truppen. Sie unterstützen leichte Kräfte wie Fallschirm- und Gebirgsjäger, die zuerst an der Front eintreffen und Zeit schinden sollen. Am Ende folgen die schweren Kräfte, also Panzergrenadiere und Kettenfahrzeuge wie der Kampfpanzer Leopard 2, die Schützenpanzer Puma und (noch) Marder sowie die Panzerhaubitze 2000. Deutsche mittlere Kräfte mit „Boxer“-Radpanzern sind erst im Aufbau, weil sie in Deutschland als Frontstaat im Kalten Krieg nicht gebraucht wurden. „Schwere Kräfte müssen wir mit Bahn, Tieflader oder Schiff über mehrere Tage hinweg transportieren, denn Kettenfahrzeuge können nicht 1.500 Kilometer fahren, sonst müssten wir die verschlissene Kette bei Ankunft gleich wechseln“, betont von Butler. „Voll ausgestattet heißt, dass diese Division einsatzbereit sein muss. Dafür sind Personal, Material und Ausbildung die drei wichtigsten Säulen. Ohne ausgebildetes Personal kann das vorhandene Material nicht zum Einsatz kommen.“ Dafür wurden Soldaten, Waffen und Ausrüstung aus anderen Einheiten der Bundeswehr zusammengezogen - die Zeit drängt. So desolat ist dank 30 Jahren Sparkurs die Lage.

Allerdings ist auch die veränderte Aufgabe schuld: Von Auslandseinsätzen wieder hin zur Landes- und Bündnisverteidigung. „Auf einen Krieg in dieser Dimension waren wir nicht vorbereitet“, gesteht der General. „Wir brauchen wieder mehr Quantität bei Personal und Material, um einem massiven Gegner entgegentreten zu können.“ Was fehlt? Digitale Funkgeräte etwa, die jetzigen sind analog und von 1986. „Schnelle Datenkommunikation zum Beispiel für die Zielkoordination ist einfach entscheidend, wie sich in der Ukraine beobachten lässt.“ Auch die Heeresflugabwehr wird wiederaufgebaut, denn der „Gepard“ ist längst ausgemustert, sorgt aber in der Ukraine für wichtige Erfolge gegen Drohnen. Sitz der Division ist das unterfränkische Veitshöchheim, Faschingshochburg. Doch nach Narretei ist von Butler nicht zumute, auch angesichts der kürzlich abgeschlossenen NATO-Großübung „Steadfast Defender“ mit 90.000 Soldaten aus 32 Nationen, davon 12.000 der Bundeswehr – die größte Militärübung seit Ende des Kalten Krieges 1990.

Verteidigung der Werte

Wildflecken. Nur mit Gehörschutz darf man sich an der Schießbahn aufhalten, so laut sind die Schüsse, die in 0,6 Sekunden ihre Ziele in 400 Meter Entfernung treffen: Metallschilder in der groben Form menschlicher Körper. „Ping“. An ihre Rucksäcke haben die Ukrainer drei oben zusammengebundene Stöcke gebunden, eine Art Drei-

39



Nur 32 Prozent der Deutschen wollen Deutschland im Ernstfall „auf jeden Fall“ oder „eher ja“ verteidigen.

(Quelle: Focus 3/2024)

32%

40 bein zur Gewehrauflage. Kleine Kissen am Lauf stabilisieren ihre Gewehre. Sie tragen keine Namensschilder und bei Gesprächen mit mir Gesichtsmasken. Die Russen versuchen nämlich, ukrainische Soldaten zu identifizieren, und schicken vermutlich auch einige der Drohnen über den Übungsplatz, die ab und zu gesichtet werden. Neben den dreiwöchigen Lehrgängen für Scharfschützen gibt es hier und andernorts in Europa weitere Kurse: für Panzerfahrer, Panzerabwehr, Drill Instructors, Gruppenführer, Artilleristen, Cyber-Spezialisten, Patriot-Luftabwehr, Wald- und Häuserkampf und vieles mehr. Wildflecken, ein von der Wehrmacht 1937 errichteter Truppenübungsplatz, liegt in bewaldeten Hügeln so versteckt, dass er bis Kriegsende 1945 nicht von alliierter Luftaufklärung gefunden wurde. Nach 1945 nutzten die Amerikaner das Areal für „Displaced Persons“, meist polnische NS-Zwangsarbeiter. Ein „Polenfriedhof“ zeugt davon bis heute. 1951 übernahm die US-Armee: Elvis Presley war hier als einer der in Wildflecken trainierten 4,5 Millionen US-Soldaten und auch der Basketballstar Shaquille O’Neal wuchs hier als Stiefkind eines US-Sergeants auf. 1994 kam die Bundeswehr. Zahlreiche Schilder mit seltsamen Abkürzungen wie „GefSimZ H“ (Gefechtssimulationszentrum Heer) oder „TrÜbPIK“ (Truppenübungsplatzkommandant) weisen heute die Wege. Es gibt eine Panzerüberrollbahn, wo man lernt, wie brutal es im Schützengraben ist, wenn feindliche Panzer oben drüberrollen. Einige alte Gebäude der „Rhön-Kaserne“ verfallen, ihre Dächer haben

riesige Löcher – Sanierung lohnt nicht. Aber die meisten Gebäude sind gut erhalten, teils renoviert, teils noch im „Charme“ der 80er-Jahre. Für die Soldaten gibt es unter anderem eine Kneipe, eine Wäscherei, eine Sporthalle, einen Raum mit Spielkonsolen, Billardtisch und Beamer.

Strausberg bei Berlin, Standort des ST-C. „Ohne qualifiziertes Personal ist die beste Ausrüstung wertlos. Deshalb geben wir Know-how und Wissen an die ukrainischen Verteidiger weiter“, sagt ST-C-Kommandeur Generalleutnant Andreas Marlow, zugleich Stellvertreter des Inspektors des Heeres. Damit beweise man „die Verteidigungsbereitschaft und den Verteidigungswillen unserer Wertegemeinschaft“. Auch die eFP-Battle Group (enhanced Forward Presence – verstärkte Vorverteidigung) unter Führung der Bundeswehr sowie die in Aufstellung begriffene Kampfbrigade in Litauen stünden für diese Solidarität. „Die ‚Zeitenwende‘ markiert den Wendepunkt, unsere Verteidigungsbereitschaft auch mit moderner Ausrüstung zu unterfüttern.“ Für die persönliche Ausstattung der Soldaten wurden 2,4 Milliarden Euro investiert. Neue Verträge mit der Industrie verbessern die Versorgung mit Munition, Panzern und Geschützen. Allerdings müsse das Heer „rasch neue Fähigkeiten aufbauen, zum Beispiel Flug- und Drohnenabwehr“, mahnt Marlow. „Meines Erachtens gibt es ein breites öffentliches Bewusstsein, dass Sicherheit nicht umsonst zu haben ist.“ Auch die Abwehr neuer Bedrohungen aus dem Cyber-

raum, also von Hackerangriffen, Desinformation und Propaganda, erfordert Investitionen. Dafür wurde das bisherige Kommando CIR (Cyber- und Informationsraum) der Bundeswehr kürzlich als vierte Teilstreitkraft neben Heer, Marine und Luftwaffe aufgewertet.

Eine allgemeine Dienstpflicht können sich sowohl Generalmajor von Butler als auch Generalleutnant Marlow vorstellen, auch wenn das eine politische Entscheidung sei. Laut einer aktuellen Focus-Umfrage haben aber zwei Drittel der Deutschen keine Lust, Deutschland zu verteidigen. „Gewisse Rahmenbedingungen, wie etwa für eine Musterung oder zur Dauer der Dienstpflicht, müssten erst geschaffen werden“, erinnert von Butler. „Auch infrastrukturelle Voraussetzungen für Unterkünfte wären notwendig, dazu sicherlich auch Aspekte wie der Ausbildungsaufwand für die komplexen Waffensysteme.“

Abseits der Dienstpflicht, die Marlow als „belebendes Element in der Truppe“ sehen würde, hat die Bundeswehr weitere Probleme. Bei Spezialisten hat sie zivile Konkurrenz. „Fachleute für IT oder Logistik sind bei uns knapp, obwohl sie sehr wichtig sind“, berichtet Marlow. „Schauen wir in Regionen mit einem hohen Lohn- und Kosteniveau, überlagert sich dies alles noch stärker“, urteilt von Butler. Da werde ein Bundeswehrstandort „für den Einzelnen einfach unattraktiver“. Wichtig sei dennoch die Aufstellung in der Fläche, schon weil es für Pendler

mit Familie wichtig sei, abends nach Hause fahren zu können. Immerhin, einige Truppengattungen haben laut Marlow Konjunktur: „Tätigkeiten als Fallschirm- oder Gebirgsjäger sind gefragt.“

Ein gläserner Erster Weltkrieg

41 Wildflecken. Nachtschießen der Ukrainer von 21 Uhr bis Mitternacht, „nur“ noch 300 Meter Entfernung. Kälte kriecht wie ein Wurm in die Knochen. Sieht man durch das restlichtverstärkende Zielfernrohr, erscheint alles grün, aber fast so hell wie am Tag. „Wofür kämpfen Sie?“, frage ich die Soldaten mit Hilfe des Dolmetschers. „Für meine Familie, mein Volk und mein Land.“ „Für die Freiheit meines Volkes.“ Was sie über Russen denken? „Sie sind dumm und Sklaven von Putin.“ Einige der Kämpfer waren schon seit 2022 an der Front. „Es gibt dort keine sicheren Plätze“, berichten sie. Hier ist Pause vom Dauerterror. Sie sehen die Ausbildung als hilfreich an, machen „neue Erfahrungen“. Von Deutschland und Europa erhoffen sie sich „schnellere Entscheidungen“, „mehr Verständnis“, „mehr Munition, mehr von allem“ – auch wenn sie dankbar für das bereits Geleistete sind. „Wir stehen zusammen“, verspricht Oberstleutnant Bösker. Wenn nicht der Amtsschimmel dazwischen wiehert. Schießfreie Zeiten muss die Bundeswehr für einheimische Tiere beachten. Wie das ortsansässige Wolfsrudel, das sogar Junge hat und sich an der Knallerei nicht stört. Dafür hat es Rotwild,



**Generalleutnant
Andreas Marlow (o.) und
Generalmajor Ruprecht
von Butler (u.).**



**«Krieg ist kein Rennen,
Krieg ist nicht der
Wilde Westen.»**

3,8 KM

*3,8 Kilometer ist die
Rekordentfernung, aus der
ein ukrainischer „Sniper“
einen russischen Offizier
erschossen hat.*

Wildschweine und die Mufflons dezimiert, die hier einst angesiedelt wurden. Bürokratie verhindert auch, dass Ukrainer ihre eigenen Waffen und Visiere nutzen.

Veitshöchheim. „Wir analysieren das Kriegsbild natürlich sehr genau“, sagt Generalmajor von Butler über jene Zeitenwende, die die Ukraine brutal erleiden muss. „Einerseits ist das vergleichbar mit den blutigen Grabenkämpfen, festgefahrenen Fronten und Artilleriegefechten des Ersten Weltkriegs. Andererseits ist das Gefechtsfeld durch den Einsatz von Drohnen und modernen weitreichenden Systemen des indirekten Feuers völlig anders, gläsern geworden. Ein überraschender Angriff aus der Flanke findet in der Ukraine nicht mehr statt.“ Hinzu komme die Zielgenauigkeit der Artillerie. „Es ist für uns schon ein differenziertes Kriegsbild, auch wenn wir die einzelnen Komponenten kennen.“ Nun gelte es, Soldatinnen und Soldaten „gezielt anhand dieser Erkenntnisse

auszubilden“, sagt von Butler. Man schaue sich zerstörtes russisches Gerät genau an und wie die Russen westliches Gerät bekämpften. „Generell lässt sich über die vergangenen zwei Jahre eine überraschend schnelle ukrainische, aber auch russische Innovations- und Adaptionfähigkeit beobachten.“ Darum prüfe man alle taktischen Möglichkeiten gegen diese Bedrohungen, teste auch Systeme zur Bekämpfung von Drohnen, wie etwa die 30-Millimeter-Kanone des Pumas – aber auch die Effektivität des Gewehrs G36. Gegen wie in der Ukraine eingesetzte „billige Masse“ brauche man auch günstige und effiziente Verteidigungsmittel, mahnt der Generalmajor. „Es muss alles auch bezahlbar sein.“ Aber am Ende könnten nur Landstreitkräfte „Raum nehmen und Raum halten“, das könnten Drohnen nicht. „Boots on the ground“, nennt das von Butler. Einen Wunsch hat der Kommandeur: stärkere europäische Rüstungskooperation unter NATO- und EU-Partnern. „Warum kaufen wir nicht alle dasselbe Fahrzeug? Dann müssen wir uns auch selbst zügeln, dass wir eben auf die eine oder andere Forderung verzichten und sagen okay, die Schweden haben jetzt das Fahrzeug so gekauft, das erfüllt 85 Prozent von dem, was wir wollen, passt!“ Aber auch hier walten Bürokraten: Das Rad eines niederländischen auf einen deutschen Boxer zu ziehen oder mit einer deutschen Panzerhaubitze niederländische Munition zu verschießen, ist nicht erlaubt – alles muss zertifiziert werden. Obwohl das im Krieg bedeutungslos wäre.

Nicht der Wilde Westen

Wildflecken. „Be smart, before you kill“, sagt einer der Ausbilder auf Englisch. „Seid klug, bevor ihr tötet.“ Ein Verbindungsoffizier übersetzt ins Ukrainische. „Ihr bewegt euch zu schnell“, kritisieren die Ausbilder. „Nehmt euch Zeit! Krieg ist kein Rennen, Krieg ist nicht der Wilde Westen.“ Erst Deckung nehmen, dann Feind suchen, gute Schussposition, Atemkontrolle, Windrichtung, all das ist wichtig. Auch die Ausbilder wissen: In wenigen Tagen werden die Männer wieder an der ukrainischen Front sein. Zurück in das unvorstellbare Schlachthaus, zur menschenverachtenden „Fleischwolf-Taktik“ der Russen. Was macht das mit den Ausbildern? Oberstleutnant Bösker übernimmt die Antwort: „Man hofft, dass unsere Trainees am Leben bleiben und von unserer Ausbildung profitieren.“ Und was hören Bundeswehrausbilder von an die Front zurückgekehrten ukrainischen Soldaten? „Sie sind dankbar für das Erlernte, es hilft ihnen auf dem Schlachtfeld“, berichtet Bösker. „Aber am Ende zählt nicht nur die Ausbildung, sondern vor allem Erfahrung – und auch Glück.“ Glück, wie es schon der Roman „Im Westen nichts Neues“ über den Ersten Weltkrieg schilderte: „Über uns schwebt der Zufall. Wenn ein Geschoß kommt, kann ich mich ducken, das ist alles; wohin es schlägt, kann ich weder genau wissen, noch beeinflussen. (...) Jeder Soldat bleibt nur durch tausend Zufälle am Leben.“ In der Ukraine kommt zum Artillerie-Inferno die Bedrohung durch Droh-

nen. Das triggert die ukrainischen Frontkämpfer. Als die Ausbilder die Übungen mittels Drohnenaufnahmen analysieren wollten, baten die Ukrainer darum, die Flugobjekte nicht zu nutzen.

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge und der König aller. Die einen macht er zu Göttern, die andern zu Menschen, die einen zu Sklaven, die andern zu Freien“, so geht Heraklits Zitat weiter. Der Vater alles Lebenden ist der Krieg sicher nicht, er ist ein Schlächter. Doch wenn die Ukrainer frei bleiben wollen, haben sie keine Wahl – ebenso die Europäer. Die russische Gier nach Macht wird bleiben und bei einem Sieg des Massenmörders Putin in der Ukraine wird Europa noch stärker in sein Visier geraten. Der ukrainische Verbindungsoffizier sagt klar: „Aufgeben ist keine Option, sonst wird die Ukraine ausgelöscht. Wir kämpfen weiter!“ Niemand will in die russische Finsternis. „Was werden sie machen, wenn die Ukraine den Krieg gewonnen hat?“, frage ich die ukrainischen Soldaten. Sie antworten alle: „Heim zu Familie und Kindern!“ Das wäre für sie eine echte Zeitenwende zum Guten. ■

BENEDIKT **FRANKE**



Dr. Benedikt Franke ist Stellvertretender Vorsitzender und CEO der Münchner Sicherheitskonferenz. Davor war er Beauftragter für strategische Angelegenheiten der CSU und Persönlicher Referent des UN-Generalsekretärs Kofi Annan. Er hat in Cambridge und Bologna (SAIS) studiert, veröffentlicht regelmäßig zu außen- und sicherheitspolitischen Themen und ist Sonderbotschafter des Souveränen Malteserordens.

Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) ist das weltweit führende Forum für Debatten zu internationaler Sicherheitspolitik. Sie bietet eine Plattform für diplomatische Initiativen und Ansätze, um den drängendsten Sicherheitsrisiken der Welt zu begegnen. Der Ukraine-Krieg und der Krieg im Gazastreifen nach den Terrorattacken gegen Israel haben die internationale Ordnung herausgefordert. Sind unsere Strukturen noch in der Lage, die Herausforderungen zu stemmen? Wir haben den CEO der Münchner Sicherheitskonferenz dazu befragt.

FRAGE **1**

Wie sehen Sie nach der 60. Münchner Sicherheitskonferenz die Zukunft der Internationalen Ordnung?

Die diesjährige MSC im Februar hat in einem besonders düsteren sicherheitspolitischen Umfeld stattgefunden. Ob gewaltsame Konflikte in allen Weltregionen oder globale Herausforderungen wie der Klimawandel, zunehmende Ungleichheit oder die wachsenden Gräben zwischen den Großmächten – die Liste an Herausforderungen scheint jeden Tag länger zu werden. Es wird dabei immer offensichtlicher, dass die aktuelle globale Ordnung weiterentwickelt werden muss, um diese Herausforderungen angehen zu können.

FRAGE **2**

Welche Strategien braucht es zur Weiterentwicklung der Internationalen Ordnung?

Große Teile der Weltbevölkerung sind zunehmend desillusioniert und skeptisch, was die Verteilung der Gewinne und Kosten der aktuellen Ordnung angeht. Sie glauben längst nicht mehr daran, dass sich Strukturen und Prozesse ohne Druck zum Besseren ändern werden, sondern fordern immer lauter und nachhaltiger ihr Recht beziehungsweise ihr faires Stück des globalen Kuchens ein. Dieser zunehmende Druck hat jedoch noch immer nicht zu einer wirklichen Strukturreform geführt. Dabei gäbe es insbesondere bei den internationalen Finanzinstitutionen bereits sehr konkrete Anpassungsmöglichkeiten. Wenn der globale Norden die Themen Wiederbelebung der regelbasierten Ordnung, Inklusion des globalen Südens und Lösung globaler Herausforderungen wirklich ernst nimmt, muss dieser Anpassungsbedarf also nicht nur wahrgenommen, sondern aufgegriffen und angenommen werden.

FRAGE **3**

Sie wollen zukünftig den globalen Süden besser einbeziehen. Wie soll das gelingen?

Unsere Jubiläumskonferenz hat gezeigt, wie sehr sich die MSC selbst gewandelt hat und neben der Einbeziehung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs auch die Bedeutung des „globalen Südens“ anerkennt. Über ein Viertel unserer Sprecherinnen und Sprecher kam nicht aus dem sogenannten Westen, sondern aus Weltregionen, die über die vergangenen 60 Jahren auf unseren Bühnen gefehlt haben oder unterrepräsentiert waren. Das ist aber noch lange nicht gut genug. Wir müssen als Konferenz noch viel mehr Wert auf unterrepräsentierte Meinungen und Perspektiven legen, wir müssen selbst noch präsenter im globalen Süden sein und wir müssen noch härter daran arbeiten, die wachsende Unzufriedenheit mit dem Westen zu verstehen und zu adressieren. Dazu gehört ein ehrlicher Umgang mit dem Vorwurf der Doppelmoral und der strukturellen Benachteiligung großer Teile dieser Welt.

EMPFEHLUNG

News, Veranstaltungen und Informationen über Politik und Gesellschaft finden Sie auf unserer Homepage <https://www.hss.de/>



Auf unserem Veranstaltungsportal unter www.hss.de/veranstaltungen/ erhalten Sie einen Überblick über weitere Veranstaltungen zum Thema Internationale Politik und Sicherheit durchgeführt von und mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen. Wir diskutieren die Welt im Umbruch, den Israel-Palästina-Konflikt und beschäftigen uns mit China und dem Pazifik-Raum.

Themenportal
„Außen- und Sicherheitspolitik“



Hier stehen alle wichtigen und aktuellen Informationen rund um das Thema Außen- und Sicherheitspolitik.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

- Babst, Stefanie
Sehenden Auges: Mut zum strategischen Kurswechsel.
dtv, München 2023.
- von Fritsch, Rüdiger
Welt im Umbruch – was kommt nach dem Krieg?
Aufbau, Berlin 2023.
- Masala, Carlo
Warum die Welt keinen Frieden findet.
Brandstätter, Wien 2024.
- Masala, Carlo
Bedingt abwehrbereit: Deutschlands Schwäche in der Zeitenwende.
C.H. Beck, München 2023.
- Mölling, Christian
Fragile Sicherheit: Das Ende des Friedens und die neue Konfliktordnung.
Herder, Freiburg 2023.
- Münkler, Herfried
Welt in Aufruhr: Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert.
Rowohlt, Berlin 2023.
- Riemann, Malte / Löffmann, Georg (Hrsg.)
Deutschlands Verteidigungspolitik: Nationale Sicherheit nach der Zeitenwende.
Kohlhammer, Stuttgart 2023.
- Rotter, Andrea
Wieder alte Muster: Anforderungen an Deutschland im Zuge des verschärften Ungleichgewichts in den transatlantischen Beziehungen.
Policy Paper 1/2023 (hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2023.
- Sarotte, Mary Elise
Nicht einen Schritt weiter nach Osten: Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung.
C.H. Beck, München 2023.

ZEITENENDE EINE DÜSTERE ZUKUNFT ERFORDERT NEUE WEGE

Autor: Andreas von Delhaes-Guenther

Stellvertretender Leiter des Referats Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

In der Politik hängt manchmal alles mit allem zusammen. Der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur das sicherheitspolitische Konzept Europas zertrümmert. Er hat eine alte Rüstungsspirale in Gang gesetzt und neue Bündnisse zur Folge: Russland wird von China unterstützt, ebenso von Nordkorea und dem Iran. Russlands umfassende Kriegsverbrechen zeigen, dass Putins Regime jedes Völkerrecht missachtet

ten zu uns schicken, damit die grüne Ministerin Lemke ihr Einfuhrverbot von Jagdtrophäen zurücknimmt. Während die deutsche Wirtschaft, Infrastruktur und Bildung steil bergab marschieren, werden Unternehmertum in Kenia, urbane Mobilität im Mondlandungs-Staat Indien und antisemitische Schulbücher in Gaza mit Steuergeld gefördert. Der nicht enden wollenden Migration, die ganz Europa destabilisiert, die ein Konjunkturprogramm

«Wir müssen die Welt endlich nehmen, wie sie ist. Sonst wird die Zeitenwende zum Zeiteende.»

und dass es sich niemals an irgendwelche Abkommen halten wird. Frieden ist illusorisch.

Der Mullahstaat Iran destabilisiert mit seinen Milizen eine ganze Region, Islamismus breitet sich weltweit aus. Der „globale Süden“ begehrt auf und zeigt, dass ihm der Krieg Moskaus herzlich egal ist. China meldet immer aggressiver Ansprüche in aller Welt an. Seit vielen Jahren zielen zudem Desinformation, Cyberattacken und die Förderung radikaler Gruppen auf den Westen – und werden doch zu wenig beachtet.

Deutschland krebst mit einem schwachen Kanzler und einer zerstrittenen Koalition durch eine Welt in Aufruhr. Die verzögerten Waffenlieferungen des Olaf Scholz haben in der Ukraine viele Leben und in Osteuropa viel Vertrauen gekostet. Die (doppel-)moralisierende Besserwissererei der Grünen hat Deutschland in aller Welt lächerlich gemacht. So wollte Botswana 20.000 Elefan-

für Rechtsradikale und ein wachsendes Sicherheitsproblem darstellt, setzt die Ampel nichts entgegen.

Die Demokratien weltweit müssten sich in dieser Lage viel enger zusammenschließen. Aber wo es ein gemeinsames Voranschreiten bräuchte, demonstrieren die Verantwortlichen allzu oft Zaudern, Halbherzigkeit und nationale Egoismen. Chinas langfristigen Plänen etwa setzt der Westen kurzfristige Interessen aus Wahlperioden entgegen. Europas und besonders Deutschlands Außen-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik bräuchten zudem Realismus statt Ideologie. Kreuzfahrer verursachen meist mehr Aufruhr und Leid als Staatsmänner, warnte schon Henry Kissinger. Wir müssen die Welt endlich nehmen, wie sie ist, nicht, wie wir sie gerne hätten. Sonst wird die Zeitenwende zum Zeiteende. ■

ANPACKEN STATT ANKLEBEN

Perspektiven der jungen Generation

Autor: Christian Doleschal, MdEP
Vorsitzender der
Jungen Union Bayern

Meine Generation und auch die noch Jüngeren wollen Leistung erbringen, sie möchten die Herausforderungen unserer Zeit lösen.

Lohnt sich Leistung noch?

Trotzdem haben viele das Gefühl, dass sich Leistung nicht mehr so lohnt wie früher. Dafür sorgt selbstverständlich die mangelhafte Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ampel-Regierung. Nicht nur die Einführung des Bürgergelds war ein völlig falsches Signal und lässt Arbeit mindestens gefühlt immer unattraktiver werden. Gerade von der zum Jahreswechsel vollzogenen Erhöhung des Bürgergelds um 12 Prozent können Arbeitnehmer bei ihren Löhnen oftmals nur träumen – dieses Ungleichgewicht zu Lasten der Arbeitnehmer ist ungerecht.

Auch die von Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) geplante Reform des Rentensystems trägt nicht dazu bei, dass sich das Stimmungsbild verbessert. Schließlich würde der Beitragssatz für die Rentenversicherung von aktuell 18,6 Prozent auf über 22 Prozent steigen, denn die Ampel will den sogenannten „Nachhaltigkeitsfaktor“ streichen. Dieser sorgt für eine gerechtere Verteilung zusätzlicher Rentenlasten, also wenn die Zahl der Rentenbezieher und die Zahl der Beitragszahler auseinanderklafft. Auf einen Rentner kommen heute schließlich nur 1,8 Beitragszahler, in den 1960er-Jahren waren es noch sechs Beitragszahler. Immer weniger Schultern müssen immer größere Lasten tragen – doch auch die stärksten Schultern können die Last irgendwann nicht mehr tragen, weswegen eine Reform des Rentensystems unumgänglich ist. Die einseitige Belastung der jungen Generation wäre der falsche Weg, würde notwendige Investitionen in die Zukunft schmälern und käme letztlich einer Kündigung des Generationenvertrags gleich.

W

Wenn es um „die junge Generation“ ging, dominierten in den Medien vor nicht allzu langer Zeit die Klimakleber. Jungen Menschen heutzutage wird öfters nachgesagt, sie seien nicht mehr so arbeitswillig wie frühere Generationen, würden sich lieber auf die Straße kleben und ausschließlich grün wählen. Stimmt das? Natürlich nicht.

Tatsächlich tickt die Jugend heute deutlich bürgerlicher und konservativer als viele annehmen. Bei der Landtagswahl 2023 in Bayern wurde die CSU mit 22 Prozent die mit Abstand stärkste politische Kraft unter den Erstwählern. Sie wählen also genau die Partei, die wie keine andere für die Soziale Marktwirtschaft steht. Schon für Franz Josef Strauß war es Wesensmerkmal christlich-sozialer Wirtschaftspolitik, sich durch eigene Leistung Wohlstand aufbauen zu können. In anderen Worten: Auch die heutige junge Generation will anpacken und sich eben nicht ankleben. Die Gründung von Start-ups scheint für viele so lukrativ wie nie, es gibt kaum mehr eine bayerische Hochschule ohne ein angeschlossenes Gründerzentrum. Auch aus meiner eigenen Erfahrung heraus kann ich sagen:



Christian Doleschal, MdEP: „Meine Generation und auch die noch Jüngeren wollen Leistung erbringen, sie möchten die Herausforderungen unserer Zeit lösen.“

Doch nicht nur das: Die individuelle Steuer- und Abgabenbelastung liegt in Deutschland ohnehin schon bei durchschnittlich 48 Prozent und damit nehmen wir mit 13 Prozentpunkten über dem OECD-Mittel einen negativen Top-Wert ein. Smarte Köpfe sind auf der ganzen Welt gefragt und sie werden sich in Zukunft zwei- oder dreimal überlegen, ob sie unter diesen Bedingungen wirklich in Deutschland ein Unternehmen gründen oder etwa als Ingenieure lieber für eine Firma im Ausland arbeiten wollen, wo ihnen mehr in der Tasche bleibt. Die Politik der Ampel ist damit ein echter Bremsklotz und lässt uns mit der Frage zurück: Lohnt sich Leistung noch?

Wir brauchen ein leistungsfreundliches Umfeld

Die Zeiten, in denen wir leben, sind viel zu ernst. Nichtstun ist keine Option. Russlands Präsident Putin hat den Krieg nach Europa zurückgebracht, der US-Präsidentenwahlkandidat Trump spielt mit dem Gedanken eines NATO-Austritts und die europäische Verteidigungsfähigkeit muss deutlich verbessert werden. Abgesehen davon werden wir mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert, schleppende Digitalisierung und zu viel Bürokratie lähmen uns. Sei es in den Bereichen Energie, Mobilität oder Künstliche Intelligenz, der rasante Wettlauf um neue Technolo-

gien zeigt: Es ist nicht in Stein gemeißelt, dass wir Deutsche und Europäer auch in Zukunft auf Augenhöhe mit den USA oder mit wirtschaftlich aufstrebenden Nationen wie China oder Indien spielen werden. Statt wirtschaftliche Stagnation und gesellschaftliche Spaltung zuzulassen, brauchen wir mehr Mut in der Wirtschaftspolitik und ein neues Miteinander. Anders lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit nicht lösen.

Apropos neues Miteinander: Selbstverständlich braucht es dazu ein aktives Ehrenamt, denn gemeinsames Engagement in Freiwilliger Feuerwehr, Kirche oder Dorfgemeinschaft beugt gesellschaftlicher Spaltung vor und sorgt für hohe Lebensqualität. Doch viele ehrenamtliche Leistungsträger fühlen sich ebenfalls von der Fülle an Bürokratie überfordert – hier müssen wir mit Maßnahmen wie der bayerischen Paragrafenbremse entgegensteuern.

Also: Nein, die Jugend ist keine arbeitsfaule Generation, aber die Politik muss für ein leistungsfreundliches Umfeld sorgen. Denn: Die junge Generation will anpacken statt ankleben! ■

NEUES DENKEN

Die Notwendigkeit der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Autor: Alex Dorow, MdL

Journalist, Vorsitzender der AG Medien und medienpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk produziert ein breit angelegtes Programm für Hörfunk und Fernsehen sowie Videotext- und Online-Angebote. Hier der Fernsehturm München.

D

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) ist seit jeher ein bedeutendes Element im Medienspektrum Deutschlands. Er soll unabhängige Informationen liefern, Bildung fördern und die kulturelle Vielfalt widerspiegeln. Doch seit geraumer Zeit häufen sich die kritischen Stimmen, die eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fordern.

Die Gründe für diese Kritik sind vielfältig und reichen vom Vorwurf fragwürdiger Gehälter und Pensionen über Vetternwirtschaft bis hin zu weltanschaulicher oder parteipolitischer Schlagseite bei Themenauswahl und Berichterstattung. Bei aller Kritik muss zunächst einmal die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland klargestellt werden. Dieser erfüllt essenzielle Funktionen innerhalb der Gesellschaft:

- **Vielfalt und Qualität:** Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet ein breites Spektrum an Programmen und Inhalten, die Vielfalt und Qualität gewährleisten. Dadurch werden im Idealfall unterschiedliche Interessen und Meinungen abgedeckt.

- **Unabhängigkeit:** Im Gegensatz zu kommerziellen Sendern ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und politischen Einflüssen. Dadurch kann er bei entsprechender Disposition eine breite Meinungsvielfalt abdecken.

- **Bildung und Kultur:** Der öffentlich-rechtliche Rundfunk fördert Bildung, Kultur und Information. Er bietet Programme an, die informativ und bildend sind und einen Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten.

- **Demokratische Funktion:** Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt eine wichtige Rolle bei Meinungsbildung und der Stärkung der Demokratie. Er sorgt für eine breite Informationsbasis und ermöglicht eine pluralistische Diskussion.

- **Regionale Berichterstattung:** Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bildet das Geschehen auch in den Regionen ab. Dadurch werden lokale Ereignisse und Themen sicht- und hörbar.

«Aufgabe der Politik muss es sein, medienpolitisch ausgleichende Elemente mit einer hohen Reformbereitschaft zu kombinieren.»



Alex Dorow: „Besonders die mittlerweile unüberschaubare Anzahl von Parallelstrukturen bei gleichzeitig steigenden Gebühren erregt immer mehr Anstoß.“

Vorwürfe gegenüber dem ÖRR

Gerade Erfüllung oder Nichterfüllung dieser gesellschaftlichen Aufträge führen in Zeiten der Polarisierung natürlich auch zu Kritik. Diese betrifft die Gehälter und Pensionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere von Intendanten, Moderatoren und Führungspersonal. Oft wird kritisiert, dass diese in keinem angemessenen Verhältnis zur tatsächlichen Leistung stehen und den Eindruck von Verschwendung öffentlicher Gelder erwecken. Dies erschüttert das Vertrauen in den ÖRR.

Ein weiterer Vorwurf lautet, es gebe so etwas wie Vernetzung. Beispiele wie Klamroth und Will, die ihre eigenen Sendungen selbst produzieren oder über Verwandte und Bekannte produzieren lassen. Und Fälle wie jener der vormaligen RBB-Intendantin Schlesinger oder auch das Degeto-Geflecht werfen ein fragwürdiges Licht auf Unabhängigkeit und Objektivität des öffentlichen Rundfunks. Auch extrem kontroverse Äußerungen wie „Nazis mit Substanz“ oder „Nazis keulen“ (Böhmermann) sowie eine oft einseitige, auf eher linker Weltsicht basierende Themenauswahl und Berichterstattung verstärken seit Jahren das Unbehagen im bürgerlichen Spektrum und tragen dazu bei, den Eindruck einer gewissen Einseitigkeit zu verstärken.

Was das Vertrauen erschüttert

Besonders aber die mittlerweile unüberschaubare Anzahl an Parallelstrukturen bei gleichzeitig steigenden Gebühren erregt immer mehr Anstoß. Der über Jahre ungebremste Aufwuchs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit 21 TV- und 74 Radiosendern, Webseiten, Social Media, Rundfunkchören und -orchestern wird von vielen als nicht mehr vermittelbar empfunden.

Jüngste Skandale wie antisemitische Statements und private Beiträge von Mitarbeitern sowie unkommentierte Berufungen auf zweifelhafte Quellen wie etwa die Hamas in der Tagesschau haben das Vertrauen in den ÖRR weiter erschüttert. Ein vermeintliches oder tatsächliches Ungleichgewicht zu Gunsten von Sport- und Unterhaltungsprogrammen und zu Lasten von Informations- und Bildungsangeboten wird als Vernachlässigung des Bildungsauftrags wahrgenommen. Angesichts dieser Gemengelage wird die Finanzierung des ÖRR über die GEZ-Gebühr zunehmend kontrovers diskutiert. Während andere Länder wie Großbritannien, Frankreich und Österreich alternative Finanzierungsmodelle eingeführt haben, entwickelt sich die GEZ-Gebühr in Deutschland zu einem wachsenden Dorn im Auge vieler Kritiker.

Forderungen nach Reformen

Angesichts dieser vielfältigen Kritikpunkte fordern immer mehr Bürger, Gruppierungen und Parteien umfassende Reformen. CSU und CDU haben zu allen genannten Punkten konkrete Reformvorschläge vorgelegt. Den allergrößten Erfolg versprechen allerdings eine Reduzierung unzähliger Parallelstrukturen und damit einhergehend auch eine Zusammenlegung von Länderanstalten.

Aufgabe der Politik muss es aus meiner Sicht sein, medienpolitisch ausgleichende Elemente mit einer hohen Reformbereitschaft zu kombinieren. Dies könnte gelingen, indem man die Bevölkerung zu einem gewissen Teil selbst entscheiden lässt, welche Inhalte sie bevorzugt sehen und hören möchte. Dabei könnte man sich etwa den seit Jahren starken Trend der On-Demand-Inhalte zunutze machen. So könnte über die grundsätzlichen Aufgaben des ÖRR hinaus das Content-Portfolio zukunftsorientiert aufgestellt werden.

Der allgemeinen Aufgabe der Bildung und Information der Gesellschaft könnte man durch ein „Basic-Paket“ an überparteilich-educativ-informierenden Inhalten gerecht

werden, indem alle Inhalte eine ähnliche Gewichtung erfahren. Außerdem muss es möglich sein, Zusatzpakete mit speziellen Inhalten für einen geringen Aufpreis zu buchen, um der stetig wachsenden Diversität in der Bevölkerung gerecht zu werden. Einkommensschwache Bevölkerungsschichten würden so auch nicht von einem gut gestalteten Angebot ausgegrenzt.

Drei Faktoren für eine langfristige Akzeptanz

Entscheidend für eine langfristige Akzeptanz des ÖRR werden drei Faktoren sein:

- mehr weltanschauliche Vielfalt im Programm,
- Reduzierung von Parallelstrukturen bis hin zur Zusammenlegung der Länderanstalten sowie
- das Ziel, Lebens- und Konsumstile der jungen Generation marktfähig zu präsentieren.

Mit weniger Erziehung und „Einordnung“ und mehr eigenverantwortlicher Bewertung durch Hörer und Zuschauer dürfte dem Erfolgsmodell ÖRR in einer demokratisch verfassten Gesellschaft die ihm zustehende Zukunft dann nicht mehr zu nehmen sein. ■

VERPFLICHTENDES DIENSTJAHR

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Personalsorgen der Bundeswehr haben in Deutschland zu einem Umdenken in Fragen der militärischen Sicherheit geführt. Während einige Befürworter sogar die 2011 ausgesetzte Wehrpflicht wieder beleben wollen, wird aufgrund der heute fehlenden Ausbildungsstrukturen in der Bundeswehr doch meistens nur über Sinn und Unsinn einer allgemeinen Dienstpflicht in verschiedenen Tätigkeitsbereichen diskutiert.



Professor Dr. Patrick Sensburg
Präsident des Reservistenverbandes
(Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.)

JA, weil Sicherheit nicht nur militärisch gedacht werden muss.

All die Krisen der jüngeren Vergangenheit haben verdeutlicht, dass sich Sicherheit aus vielen verschiedenen Komponenten zusammensetzt – zivilen und militärischen. Der Sicherheitsbegriff darf nicht länger isoliert betrachtet werden und muss hin zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff führen, der die Gesamtverteidigung des eigenen Landes mit allen dazu notwendigen Kräften einschließt. Deutschland braucht eine starke Gesamtverteidigung und die damit verbundene Durchhaltefähigkeit für eine ernsthafte und glaubwürdige Abschreckung. Dazu ist ein breit gefächertes und allgemeiner Dienst notwendig, der alle Ebenen der zivilen und militärischen Verteidigung miteinbezieht. Dabei geht es um einen Dienst in der Bundeswehr und Rettungsorganisationen, nicht um die Wiedereinführung der alten Wehrpflicht. In Betracht kommen alle Organisationen von der Bundeswehr über den Zivilschutz bis zu den Hilfs- und Rettungskräften, die im Falle der Landes- und Bündnisverteidigung die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes aufrechterhalten.

Letztlich hängt alles von einem Faktor ab: dem politischen Willen. Natürlich kostet dieser Vorschlag Anstrengungen und wird Zeit benötigen. Doch mit jedem Tag, den wir diskutieren und nicht entscheiden und nach Gründen suchen, warum es nicht gehen könnte, läuft uns die Zeit davon, eine wirksame und glaubwürdige Gesamtverteidigung als Abschreckung wiederaufzubauen. Nichts tun wird letztlich noch teurer. Das ist eine Lektion aus der Zeitenwende. ■

BRAUCHEN WIR DAS ODER NICHT?



Gregor Podschun
Vorsitzender des Bundes der
Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

NEIN, sie widerspricht elementaren Freiheits- und Grundrechten in einer Gesellschaft.

Paternalistische Argumente wie „Hat mir auch nicht geschadet“ verkennen, dass heutige Jugendliche anders als ihre Väter nicht im Bewusstsein eines Pflichtdienstes aufgewachsen sind. Zwang zum Dienst entmutigt Schulabgänger, die motiviert in Ausbildung oder Studium starten möchten, reduziert ihre Bereitschaft zum Ehrenamt und führt zu antriebslosem Absitzen der Dienstzeit in den Einrichtungen, die statt Entlastung eine Mehrbelastung erleben.

Dem Fachkräftemangel mit der Dienstpflicht entgegenzutreten, ist eine Geringschätzung des hochqualifizierten Personals und verdrängt Niedrigqualifizierte in andere Bereiche. Der verzögerte Einstieg ganzer Jahrgänge in den Arbeitsmarkt erzeugt immensen volkswirtschaftlichen Schaden und hohe Verluste in Sozialversicherungen und Rentenkassen, die zu den erheblichen Kosten von über 15 Milliarden Euro für die Umsetzung der Dienstpflicht hinzukommen.

Abschließend ist eine Dienstpflicht intergenerational unsolidarisch und mit Grundgesetz und Europäischer Menschenrechtskonvention unvereinbar. Sie würde Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt einen Bärendienst erweisen.

Die Freiwilligendienste zeigen, dass junge Menschen nicht zu sinnvollen Tätigkeiten gezwungen werden müssen. Mit einem Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, bei dem jede geschlossene Vereinbarung durch eine Förderung ermöglicht wird, liegt ein attraktiver, kostengünstiger und pragmatischer Gegenentwurf vor, der die wenigen positiven Effekte der Dienstpflicht ebenso erfüllt. ■

«WAS MACHT EIGENTLICH...?»

**MARIA
EICHHORN**

WAS MACHT EIGENTLICH ...?

Ein Leben im Einsatz für das Ungeborene: Die ehemalige Vorsitzende der Frauen-Union Bayern engagiert sich immer noch für ihr Herzensprojekt Donum Vitae. Darüber hinaus geht sie wandern und spielt gerne mit ihren Enkeln.

Autorin: Maria Eichhorn

Von Jugend an war ich politisch tätig. Daher verfolge ich seither die aktuelle Politik, auch ohne politisches Mandat. Als ehemalige Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern bin ich kooptiertes Mitglied der verschiedenen Vorstände und arbeite vor allem auf regionaler Ebene gerne mit. Mein Engagement heute dient vor allem Menschen in Not und dem Schutz des ungeborenen Lebens. 2008 wurde ich zur Landesvorsitzenden von Donum Vitae Bayern gewählt. Mir war bewusst, dass dieses Ehrenamt sehr viel Zeit beansprucht und habe daher für den Deutschen Bundestag, dem ich seit 1990 angehörte, nicht mehr kandidiert.

«1999 GRÜNDETE ICH DONUM VITAE.»

Donum Vitae – Geschenk des Lebens – wurde 1999 von mir mitgegründet, als die katholische Kirche aus der Schwangerenkonfliktberatung ausgestiegen ist. 1995, bei der Neuregelung des Paragraphen 218, hatte ich als zuständige Arbeitsgruppenvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages die schwierige Aufgabe, bei der Formulierung des Schwangeren- und Familienänderungsgesetzes federführend mitzuwirken. Der mühsam gefundene Kompromiss der Beratungsregelung hat sich bewährt. Daher war und ist mir Donum Vitae als wertgebundene Säule des pluralen Angebots der gesetzlichen Schwangerenberatung sehr wichtig. Nach neun Jahren Tätigkeit als Landesvorsitzende trage ich bis heute als Bevollmächtigte von Donum Vitae Bayern für die Schwangerenberatungsstelle Regensburg Verantwortung und

engagiere mich in der Öffentlichkeit. Dazu gibt es derzeit einen aktuellen Anlass. Die Absicht der Bundesregierung, den Paragraph 218 zu ändern und möglicherweise den 1995 gefundenen Kompromiss der Pflichtberatung zu streichen, ist unverantwortlich. Gerade in Konfliktsituationen brauchen Schwangere Rat und Hilfe.

Bereits ab 1990 setzte ich mich in den Gremien der CSU und des Bundestages für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Aus der Erkenntnis heraus, dass oft die Wohnungsnot Anlass war, eine Abtreibung zu erwägen, habe ich 1993 den Verein „Mütter in Not“ gegründet, dessen Vorsitzende ich seither bin. Er hilft Familien und dabei vor allem Alleinerziehenden im Zusammenhang mit der Wohnung. Es ist immer wieder ein gutes Gefühl, wenn durch unsere schnelle und unbürokratische Hilfe zum Beispiel bei Strom- oder Mietschulden eine Stromabspernung oder Zwangsräumung verhindert werden kann. Neben dem Engagement im sozialen Bereich bin ich in weiteren Ehrenämtern tätig, etwa im Kuratorium der Freunde der Universität Regensburg oder im Vorstand der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages.

«ICH DENKE GERNE UND DANKBAR AN MEINE AKTIVE POLITISCHE ZEIT.»

Schön ist, dass zwei meiner fünf Enkelkinder in der Nähe wohnen und mit mir spielen wollen, was während meiner aktiven politischen Tätigkeit mit meinen Kindern kaum möglich war. Ich genieße jetzt das Wandern, Radfahren und Reisen mit meinem Mann. Gerne und dankbar denke ich an meine aktive politische Zeit zurück, besonders an die ersten Jahre im Deutschen Bundestag, wo ich im ersten gemeinsamen Deutschen Parlament mitarbeiten und mitgestalten durfte. ■

MARIA EICHHORN

1972 bis 2020 Mitglied des Kreistages Landkreis Regensburg, davon 12 Jahre stv. Landrätin

1990 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages

2005 bis 2009 Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1995 bis 2005 Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern

SOCIAL MEDIA

Aktuelles aus den sozialen Netzwerken



Ilse Aigner, MdL

@mariannestraussstiftung auf dem #tegersee und immer am Ruder >>



58

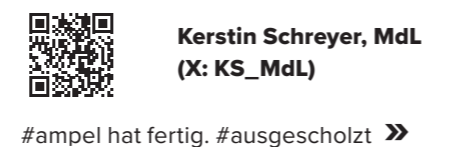


Joachim Herrmann, MdL



Heute fand die Auftaktveranstaltung der Mini-EURO 2024 „Champions Cup Bayern“ des BFV in meiner Heimat Erlangen statt. Gemeinsam mit dem Bayerischen Fußball Verband unterstützt das bayerische Innenministerium junge Fußballspieler & Fußballspielerinnen und ihre Vereine mit 5000 Bällen und 2000 Mini-Toren

#fussball #bayern #em2024 #em24 >>



Kerstin Schreyer, MdL (X: KS_MdL)

#ampel hat fertig. #ausgescholzt >>



Kerstin Schreyer @KS_MdL

#ampel hat fertig. #ausgescholzt

21:14 · 09.06.24 Aus Earth · 153 Mal angezeigt

5 „Gefällt mir“-Angaben



Markus Blume, MdL



Grandiose Entdeckungsreise in die Zukunft: Das Festival der Zukunft im @deutschesmuseum ist eine faszinierende Sneak-Preview in und für die neuesten Technologien – WOW-Effekt garantiert. Hier werden Themen wie KI, Klimawandel oder Quantenwissenschaft schon für Kinder verständlich präsentiert und für uns alle neue (...) Perspektiven auf innovative Spitzenforschung eröffnet. Das Deutsche Museum ist ein internationales Scherengewicht der Wissenschaftskommunikation. (...) Das Festival der Zukunft (...) ist eine einzigartige Mischung aus Fachkongress und Familien-Party – willkommen auf Future Island! >>



Jenny Schack, MdL

Unterwegs nach #Burgau: Danke an alle, die in diesen Tagen und Nächten Großartiges leisten: #Feuerwehren, #Wasserrettung, #THW, #BRK, #Notärzte, #Landratsamt, #Stadtverwaltungen, #Polizei, #Bundeswehr, #Wasserwirtschaftsamt und die vielen ehrenamtlichen #Helfer / ich bin dabei, wenn ihr im Minutentakt schwierige Entscheidungen treffen müsst - ich bin stolz auf euch! >>



59



Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Ministerpräsident



Die #CSU hat ein starkes Ergebnis erzielt. Das zeigt: Ohne die CSU geht nichts. Wir sind die einzige Stimme #Bayerns in Berlin und #Europa. (...) Die #Ampel ist heute de facto von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt worden. Dass Deutschland eine so schwache Regierung hat, ist ein echtes Problem für Europa. (...) PS: Freue mich heute Abend besonders, dass @monika.hohlmeier bei der Wahlparty dabei sein konnte. (...) >>

Das deutsche Parteiensystem ist pluralistisch ausgerichtet

Autor: Prof. Dr. Eckhard Jesse, Chemnitz

Die zuerst von Oskar Niedermayer alleine (angefangen mit der Bundestagswahl 1998), seit der Bundestagswahl 2017 gemeinsam mit Uwe Jun herausgegebene Reihe „Die Parteien nach der Bundestagswahl“ steht in guter Tradition. Der neueste Band analysiert fair und instruktiv die Entwicklung der Bundestagsparteien nach der Bundestagswahl 2021, wobei auch der CSU ein Kapitel zufällt. Allerdings ließ sich der Höhenflug der AfD nicht mehr angemessen einbeziehen.

Die ähnliche Anlage der Texte (jeweils mit einem Fazit) erlaubt Vergleichbarkeit. Laut Professor Ursula Münch kartete die CSU nach der Bundestagswahl mit Blick auf den Kanzlerkandidaten nicht nach. Sie konnte die neue Bundesregierung stärker kritisieren als die CDU, da in deren Koalitionen immer ein Regierungspartner im Bund vertreten war. Außerdem findet sich ein Beitrag von Hendrik Traeger über Klein- und Kleinstparteien. Vier Parteien erreichten 2021 die für die staatliche (Teil-) Finanzierung wichtige Hürde von 1,0 Prozent: Freie Wähler (2,4 Prozent), Tierschutzpartei (1,5 Prozent), Die Basis (1,4 Prozent) und Die PARTEI (1,0 Prozent). Man muss kein Prophet sein für die Prognose: Diese Zahlen dürften bei der nächsten Bundestagswahl steigen.

Vorangestellt sind dem Band zwei übergreifende Texte. Für Niedermayer hat der Ausgang der letzten Bundestagswahl den „pluralistischen“ Strukturtyp des bisherigen Parteiensystems bestätigt. Dieser hebt sich von einem Parteiensystem mit einer prädominanten Partei (so 1953 und 1957) wie von einem Parteiensystem mit Zweiparteiendominanz ab. Hier erreichen jeweils die beiden stärksten Parteien über mehr als 25 Prozent der Stimmen und zusammen mindestens eine Zweidrittelmehrheit im Parlament (so 1961 bis 2005). Von einem hoch fragmentierten Parteiensystem unterscheidet sich das „pluralistische“, welches durch eine effektive Parteienanzahl von unter fünf gekennzeichnet ist. Für den Autor ist die gängige These widerlegt, externe Krisen (wie etwa der Ukraine-Krieg) nützten automatisch den Regierungsparteien.

Laut der Analyse der Wahlprogramme sowie des Koalitionsvertrages durch Jun und zwei Mitarbeiter nimmt Die Linke bei der sozio-ökonomischen wie bei der sozio-kulturellen Konfliktlinie eine deutlich exponierte Position ein als zuvor; eine rot-grün-rote Koalition im Fall einer arithmetischen Mehrheit wäre mithin unwahrscheinlich geworden. Hingegen rutschte die Union deutlicher in die Mitte. Das schwache Abschneiden wird mit dem fehlenden Markenkern sowie dem wenig überzeugenden Spitzenkandidaten erklärt. ■

Eine Vision für Europas Zukunft

Autor: Dr. Benjamin A. Hahn, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Die These, dass die Geburtsstätte des europäischen Geistes im antiken Griechenland liegt, ist keineswegs neu. Diesen Geist in unserer heutigen Zeit erneut für die Zukunft Europas einzufordern, hingegen schon – insbesondere dann, wenn es mit einer solchen Vehemenz geschieht wie im Buch von Christoph Quarch.

Anhand von zehn Thesen und daraus abgeleiteten Vorschlägen wird versucht, eine Vision für die EU zu entwickeln, die sich nicht in der pragmatischen Problemlösungskompetenz des supranationalen Gebildes erschöpft. Vielmehr richtet Quarch seinen Blick auf das gemeinsame Band der kulturellen Zusammengehörigkeit. Argumentativer Ausgangspunkt ist dabei das Verhältnis der griechischen Stadtstaaten zum Heiligtum in Delphi und deren freiwilliger politischer Zusammenschluss. Der Staatenbund zum Schutz Delphis ist nämlich nicht Ausdruck eines interessengeleiteten Zweckbündnisses. Stattdessen beruht er darauf, dass sich an diesem Ort die Einheit der griechischen Kultur in besonderer Art und Weise manifestierte. In der historisch verbürgten Funktionsfähigkeit dieser Konstellation liegt für Quarch die normative Kraft seiner Vorschläge.

In einer Zeit, in der die Gesellschaften so heterogen wie nie zuvor sind, muss es der EU gelingen, in dieser Vielheit doch eine Form von Einheit zu stiften. Nicht umsonst lautet das EU-Motto „In Vielfalt geeint“. Welche politische Organisationsform ist diesem Gedanken aber am ehesten angemessen? Interessanterweise spricht sich Quarch in Abkehr vom Delphischen Modell nicht für einen Staatenbund, sondern für einen europäischen Bundesstaat aus. Pate steht dabei die Schweizer Eidgenossenschaft, die starke föderale Elemente enthält. Zudem plädiert der Autor für eine Wiederaufnahme des gescheiterten Verfassungsvertrags: Kontroverser dürften allerdings die Vorschläge zu einem verpflichtenden europäischen Bürgerdienst oder zur Möglichkeit einer Nein-Stimme bei der Europawahl sein. Insbesondere Letzteres scheint demokratietheoretisch problematisch.

So sehr man dem Versuch, Europa von einer geistigen Grundlage her zu denken, auch mit Sympathien gegenübersteht – es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass es nicht gelingt, einen in sich vollkommen stimmigen Zukunftsentwurf für die EU zu entwickeln. Das mag auch daran liegen, dass die Kluft zwischen Vergangenheit und Gegenwart manchmal zu groß scheint. Nichtsdestotrotz liefert das Buch einen Anstoß, um über das Europa der Gegenwart hinaus zu denken. ■



60

Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hrsg.):

Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021

Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland

Wiesbaden: Springer-Verlag 2023, 269 Seiten, 59,99 Euro.



Christoph Quarch

Den Geist Europas wecken

Zehn Vorschläge

Berlin/München/Wien/Zürich:
Europa Verlag 2024,
240 Seiten, 24,00 Euro.

61

75 JAHRE STAATSGRÜNDUNG UND GRUNDGESETZ

SOVIEL FREIHEIT WIE MÖGLICH, SOVIEL ORDNUNG WIE NÖTIG

Autor: Dr. Christian Petrzik

Leiter des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP),
Hanns-Seidel-Stiftung, München

62 **Das Grundgesetz ist als demokratische Verfassung am 23. Mai 1949 in Kraft getreten. Dieser Tag gilt als Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland.**

Am 2. Juni 1948 endete die Londoner Sechsmächtekonferenz der Außenminister der drei westlichen Besatzungsmächte Deutschlands sowie der Benelux-Staaten als direkte Nachbarn Westdeutschlands, deren Ergebnisse als „Londoner Empfehlungen“ bekannt wurden. Diese sahen vor, dass die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen die Ministerpräsidenten der Länder ermächtigten, eine Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern genehmigt werden sollte. „Die verfassungsgebende Versammlung“, hieß es, „wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Verfassungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit wiederherzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.“

Herrenchiemseer Konvent

Am 1. Juli 1948 überreichten die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der deutschen Länder in den westlichen Besatzungszonen im Frankfurter I. G. Farben-Hochhaus die sogenannten Frankfurter Dokumente und

beauftragten sie dadurch mit der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung bis zum 1. September 1948. Der Verfassungsentwurf für diese Versammlung, den Parlamentarischen Rat, wurde von einem Konvent erarbeitet, der ab dem 10. August 1948 im ehemaligen Augustiner-Chorherrenstift Herrenchiemsee auf der Herreninsel tagte. Jedes der elf Länder hatte einen Bevollmächtigten entsandt, zum Vorsitzenden des Konvents wurde der bayerische Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer gewählt.

In zwei Wochen wurde ein Grundsatzpapier zu einzelnen Verfassungsproblemen erarbeitet, ebenso wie der fast vollständige Entwurf eines Grundgesetzes. Obwohl die Herrenchiemseer Empfehlungen zunächst Kritik erfuhren und in ihrer Bedeutung unterschätzt wurden, machte der Parlamentarische Rat den Entwurf zur Grundlage seiner Erörterungen, wodurch die Arbeit des Konvents schließlich angemessen gewürdigt wurde.

Am 18., 20. und 21. Mai 1949 billigten zehn von elf Landtagen das Grundgesetz. Bayern allerdings lehnte die Ratifizierung mit 101 gegen 63 Stimmen ab. Die neue Verfassung, so befürchtete die Bayerische Staatsregierung, würde den staatlichen Charakter der einzelnen Länder, unter anderem durch Befugnisse des Bundes bezüglich der Steuerverwaltung, Justizhoheit und Finanzen, zu sehr schmälern. Ministerpräsident Hans Ehard formulierte die Haltung Bayerns mit dem Ausspruch: „Nein zum



Am 23. Mai 1949 unterzeichnet Adenauer das Grundgesetz.

Grundgesetz und Ja zu Deutschland“. Dementsprechend wurde der Antrag der Bayerischen Staatsregierung angenommen, das Grundgesetz auch für Bayern anzuerkennen, wenn es von mindestens zwei Dritteln der übrigen Länder angenommen sei, was zu diesem Zeitpunkt bereits der Fall war.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Die Schlussitzung des Parlamentarischen Rats fand am 23. Mai 1949 in der Pädagogischen Akademie in Bonn statt, unter Anwesenheit der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, der elf Landtagspräsidenten, Abordnungen des Wirtschaftsrats und der Wirtschaftsverwaltung der Bizone sowie Vertretern der Militärregierungen. In einem feierlichen Akt wurde das Grundgesetz von allen Abgeordneten des Parlamentarischen Rats, mit Ausnahme der beiden KPD-Abgeordneten, die sich verweigerten, den Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten unterzeichnet. Dr. Konrad Adenauer als Präsident des Parlamentarischen Rats verkündete daraufhin, dass das Grundgesetz mit Ablauf des 23. Mai 1949 in Kraft treten werde. Am selben Tag erschien das „Bundesgesetzblatt Nr. 1“, dessen Inhalt das Grundgesetz war. Der 23. Mai 1949 gilt daher als Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland.

63 **Das Grundgesetz – ein neuer Typ demokratischer Verfassung**

Nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Krieges wurde mit dem Grundgesetz ein neuer Typ demokratischer Verfassung geschaffen, eine „wehrhafte Demokratie“, womit die Abwehrbereitschaft auf Ebene der Verfassung gemeint ist. So formulierte es der damalige Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union, Franz Josef Strauß, in seinem Beitrag in einer Sonderbeilage der Zeitschrift „Die Rheinpfalz“ zum 25-jährigen Jubiläum der Bundesrepublik 1974. „Das Grundgesetz“, so Strauß, „versucht auf diese Weise eine Synthese von Ordnung und Freiheit, die man mit dem Satz bezeichnen könnte: Soviel Freiheit wie möglich, soviel Ordnung wie nötig.“ ■

Quellen:
ACSP, NL Müller Josef: D 19 u. D 20.;
ACSP, NL Voss Friedrich: 360.

DIE ZUKUNFT EUROPAS IM BLICK

Autoren: Dr. Benjamin A. Hahn und Thomas Haslböck
Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München



Während der zweitägigen Veranstaltung in der Benediktinerabtei unterzeichneten Bischof Dr. Bertram Meier, Markus Ferber, MdEP, und Abt Johannes Schaber OSB (v.l.n.r.) das Europa Manifest. Darin bekennen sie sich zu Europa, den darin zugrundegelegten Werten und fordern zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung auf.

„Das Haus Europa gemeinsam weiterbauen“. So haben wir unsere Europatagung benannt, die wir in Zusammenarbeit mit der Diözese Augsburg am 20. und 21. April veranstaltet haben. In der wunderschönen Benediktinerabtei Ottobeuren beschäftigten wir uns in Vorträgen und Podiumsdiskussionen mit einer Zukunftsstrategie für Europa.

Die Europäische Union (EU) ist nicht perfekt, aber wir sollten gemeinsam daran arbeiten, sie stetig besser zu machen – so der einhellige Tenor der Veranstaltung. Gerade der Ukraine-Krieg hat eindrücklich vor Augen geführt, wie wertvoll Europa für uns alle ist: Denn „in der EU leben wir – bei allen Problemen und Herausforderungen – auf der Grundlage des Rechts friedlich zusammen“, betonte der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Hans-Gert Pöttering.

Wir dürfen den Frieden und die geteilten europäischen Werte, die diesen Frieden tragen, nicht einfach als gegeben hinnehmen. Insbesondere die Vertreter der europäischen Jugendorganisationen, Isabella Schuster-Ritter (Paneuropa-Jugend) und Johann Hubmann (Junge Europäische Föderalisten), appellierten daran, dass sich „Europa in den Herzen und Köpfen von uns allen entscheidet“.

Sie riefen dazu auf, aktiv für Europa einzutreten und sich klar von antieuropäischen Kräften abzugrenzen. Als sichtbares Zeichen dafür unterzeichneten der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Markus Ferber, MdEP, der Bischof von Augsburg, Dr. Bertram Meier, und der Abt von Ottobeuren, Johannes Schaber OSB, ein proeuropäisches Manifest.

Die europäische Gesetzgebung ist aber auch Anstoß der Kritik – was insbesondere mit Blick auf die Neuausrichtung der grünen Transformation der Wirtschaft deutlich wurde. Sowohl der Bauernverbandspräsident Günther Felßner als auch die Unternehmerin Andrea Thoma-Böck mahnten eine Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik an. Markus Ferber kritisierte, dass der Green Deal bisher „sehr viel Green, aber wenig Deal ist“. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bleibt bestehen, der Fokus muss aber jetzt auf der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und dem Abbau bürokratischer Hürden liegen. „Die EU-Bürokratie braucht einen Realitätscheck“, forderte Ferber.

Rege diskutiert wurde auch beim Thema EU-Erweiterung. Einig war man sich darin, dass sich die EU weiter an ihre östlichen Nachbarn annähern muss. Der Weg zu einer erweiterten EU sei allerdings noch lang. ■



Eine Tagung in ehrwürdigen Mauern kann auch kurzweilig sein: Prof. Dr. Diane Robers (HSS) und Dr. Thomas Groll sowie Dr. Christoph Goldt vom Bischöflichen St.-Ulrich-Komitee (v.l.n.r.).



Susanne Hornberger (l.) führte durch die zweitägige Veranstaltung und Professor Diane Robers moderierte eine Podiumsdiskussion zum Green Deal 2.0.

IMPRESSUM

Herausgeber:

©2024, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München
Tel. +49 (0)89 1258-0
politicus@hss.de
www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Generalsekretär: Oliver Jörg

Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin)
Andreas v. Delhaes-Guenther (Stv. Redaktionsleiter)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Art Director: Julia Ehrenreich
Satz und Layout: Marion Steib
Druck: Druckerei Joh. Walch, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.
Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.
Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis zum Datenschutz: Sollten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen von Publikationsbestellungen verarbeitet werden, stehen Ihnen grundsätzlich die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch Ihrer bei uns abgespeicherten personenbezogenen Daten zu. Dafür wenden Sie sich bitte an Datenschutz-Compliance (datenschutz@hss.de) oder an den Datenschutzbeauftragten (dsb@hss.de). Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <http://www.hss.de/datenschutz/>.

Die Zeitschrift politicus erscheint als dreimonatiges Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet.
Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Titelfoto: AdobeStock: freshidea

Fotos: AdobeStock/Charlie Hamsch; AdobeStock/Mike Mareen; AdobeStock/misu; AdobeStock/PX Media; AdobeStock/Riad Seif-jarma; BDkJ; Bundeswehr; Bundeswehr/Lea Bacherle; Bundeswehr/Victoria Gramatke; DGAP; Maria Eichhorn; HSS/Sebastian Buff; HSS/Burkina Faso; HSS/Jessica Dancs; HSS/Andreas Delhaes-Guenther; HSS/Irmak Kalac; HSS/Hubertus Klingsbögl; HSS/Annette Zöpf; Imago/Björn Trotzki; Imago-Ukrinform/Nina Liashonok; Imago-Ukrinform/Dmytro Smolienko; Imago-Xinhua/Taher Abu Hamdan; Heinz Kühbach; Martin Lahousse; MSC/Kuhlmann; Reservistenverband/Mosch; Guido Steinberg

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, matt 100% Altpapier - Recycling
ISSN (Print) 2940-2298 ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

Wollen Sie mehr...

... über Politik und Gesellschaft wissen?
Dann bestellen Sie unsere Einzelhefte oder gleich ein kostenfreies Abonnement unserer Zeitschrift „politicus“ über politicus@hss.de

Jetzt gratis bestellen



politicus

Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit erreichbar. Unter hss.de/publikationen/ können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns
Seidel
Stiftung

Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstr. 33, 80636 München

info@hss.de
T +49 (0) 89 1258-0

hss.de
[instagram.com/stiftungfuerdemokratie/](https://www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie/)
[facebook.com/HannsSeidelStiftung](https://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)
twitter.com/HSSde
[youtube.com/HannsSeidelStiftung](https://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)
linkedin: Hanns-Seidel-Stiftung

ZKN 35998
ISSN (Print) 2940-2298
ISSN (Online) 2940-6013